

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6 Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für die vierspaltige 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 228.

Freitag, den 29. September 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Englischer Massenmord.

Aus London schreibt man der „Vollst.“ zum Kriege gegen Transvaal:

Wenn Sir Walter Peace, der Generalsekretär von Natal, nach einem üppigen Festessen afrikanischer Goldaktionäre Gott bittet, daß er Krieg senden möge, so ist das so infam, daß man denken sollte, die ganze englische Nation müsse sich gegen ein verächtlich unwürdiges Schauspiel empören. Aber dem ist leider nicht so. Das englische Volk beginnt kriegerische zu werden. Wenn verbrecherische Kriegslust erst ein Volk ergriffen hat, so verfehlt es niemals, die Gottheit durch Blüte am Verstand bei dem beabsichtigten Massenmord anzurufen, und deshalb stößt man sich in England nicht daran, daß Sir Walter Peace Gott im Munde führt.

Unabhängig von diesen Gebeten, deren Wirkung nicht abzusehen ist, hat das englische Kabinett es für gut befunden, die Kriegserklärung noch etwas hinauszuschieben und dadurch einer noch größeren Anzahl von Soldaten Gelegenheit zu geben, die Absichten, die Gott von englischen Heuchlern untergeschoben worden, durchzuführen zu helfen.

Die konservative Presse entblödet sich nicht, die radikale und demokratische Presse, weil diese in das Kriegsgeheiß nicht einstimmt, der Bestechlichkeit zu beschuldigen und von großen Summen zu melden, die Präsident Krüger für diese Presse aufgebracht haben soll. Es ist den Herren Konservativen, die für das Gold der Hund-millionäre stets sehr empfänglich gewesen sind, allerdings nicht zu verargen, daß sie sich absolut nicht vorstellen können, daß eine Zeitung anständig bleibt, ohne dafür bezahlt zu werden. Die demokratische Presse thut recht daran, auf die gemeinen Anschuldigungen ihres nicht zu belehrenden konservativen Gegners nicht einzugehen.

Der demokratische „Reynolds“ ist eins der vornehmsten Blätter, deren sich England rühmt. Ich meine in der Gesinnung, denn in die „S. H. H.“ bringt ein Blatt wie „Reynolds“ nicht, da es unweigerlich die Wahrheit spricht und das Recht vertritt. Ueber die Kriegsansichten schreibt „Reynolds“ in seiner letzten Nummer:

„Der Krieg scheint jetzt unvermeidlich. Die Buren sind entschlossen, in der Vertreibung ihres Landes zu sterben. Die Regierungsklassen, unterstützt von den Süngos, wie sie in den liberalen „Daily News“ auftreten, sind ebenso fest entschlossen, und da sie Transvaal nicht auf politische Weise ausplündern können, so verlegen sie sich auf die Schliche der Straßenräuber, die ja der englischen Regierung in ihrem Verkehr mit schwächeren Nationen so geläufig sind. Wie es mit Irland war, so wird es mit Transvaal werden. Mord zu räuberischen Zwecken ist britische Politik.“

Es ist für jeden Unparteiischen klar, daß immer die Absicht bestanden hat, Transvaal zu verschlucken. Die Stimmrechtsvorschlüsse der Regierung würden die Buren bald auf Gnade oder Ungnade einer buntschwedigen Gesellschaft von Ausländern angeliefert haben, die, durch das Gold angelockt, in die Republik gekommen sind. Es sind üble Zugvögel, die, für sich selbst volles Bürgerrecht verlangend, sich weigern, die den wirklichen Bürgern obliegenden Pflichten zu teilen.

Und wer sind denn diese „Uitlanders“, wie man sie nennt? Ein sehr großer Theil, vielleicht die meisten, sind gar keine Engländer. . . . Und unter denen, die behaupten, Engländer zu sein und die die Führung in der Agitation übernommen haben, da finden wir so schöne englische Namen wie: Beit, Calkin, Wernher, Bouillot usw. . . .

Und wenn es nun zum Kriege kommt, wer trägt die Kosten? Unser Volk bezahlt bereits für Kriegszwecke mehr als die enorme Summe von 1600 Millionen Mark jährlich, von denen 460 Millionen Mark zur Tilgung von Kriegsschulden benutzt werden, die angehäuft wurden zu Zeiten, als das Volk noch kein Stimmrecht hatte und keine unnötigen Kriege. Wir sagen: Legt die Kosten auf die Schultern der Advokaten einer räuberischen und blutigen englischen Politik, das heißt auf die Schultern

derer, die mehr als 10 000 Mark Einkommen haben. Dieser Krieg ist lediglich ein Klassenkrieg, laßt die Klassen dafür bezahlen, zu deren Vergnügen er dient.“

„Reynolds“ macht vergeblich darauf aufmerksam, daß die Burenbevölkerung in Südafrika in der Mehrzahl ist und daß Swazis, Basutos und Zulus nur darauf lauern, das englische Joch abzuschütteln.

Alle Hoffnung auf friedliche Lösung gilt aber als ausgeschlossen. Die Kapitalisten werden ihren Krieg haben, und Krüger ist thöricht, wenn er wartet, bis die beabsichtigte Armee von fünfzigtausend Mann in Südafrika eingetroffen ist. Nur Erfolge können die Buren des Kaplandes zur Theilnahme am letzten Entscheidungskampfe bewegen. Erfolge sind aber nur möglich, wenn die Buren schnell handeln und sich nicht durch englische Kabinettskrieger zum Abwarten verführen lassen.

Friedlich wird die Ueberwältigung der Buren Transvaals und des Drangereistaates die englischen Waffen nicht gerade mit Ruhm bedecken, wenn man mit solcher Uebermacht gegen die Verteidiger ihres Vaterlandes vorgeht. Aber darauf kommt es den mordlustigen Kapitalisten auch nicht an, sondern lediglich auf den Erfolg. Das Niedererschlagen miserabel bewaffneter Dermische mit den modernsten Mordwaffen war auch nicht gerade rühmlich, aber man hat es doch verstanden, daraus Heldenthaten zu machen. So wird man auch aus der Ueberwältigung eines Häufchens Buren eine Heldenthat machen. Die Herren Offiziere werden dann mit Ehrenzeichen bedeckt werden, die Kapitalisten werden die Goldminen ausbeuten und den Mannschaften vom Unteroffizier abwärts — ihnen hält das dankbare Vaterland der Süngos Stellen in den Rauchhäusern offen, in denen heute die „Helden der Krüm“ sitzen. So ist es Gebrauch in England und so wird es bleiben, so lange brutale Kapitalisten über Krieg und Frieden entscheiden und ihnen die Knochen armer Teufel zur Verfügung stehen.

Parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

6. Dezember 1898 bis 22. Juni 1899.

(Bericht des Parteivorstandes.)

(Fortsetzung.)

Unsere Redner wiesen ferner auf Grund unbestreitbarer Thatfachen, namentlich auch unter Berufung auf die amtlichen Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten, nach, daß von dem Aufschwung der Industrie, von dieser Milliardenzunahme des Kapitals, von dieser großartigen Vermehrung des Unternehmerrgumes der letzten Jahre die Arbeiter nichts erhalten haben, als eine größere Summe von Krankheiten, eine größere Summe von Unglücksfällen, eine größere Summe von Elend. Dem Kapital der Profit, dem Arbeiter das Elend — das ist der so viel gerühmte „soziale Aufschwung“. Unsere Gewerbeaufsicht hat sich nicht entwickelt entsprechend der Ausdehnung der Industrie, sondern ist stehen geblieben bei dem kläglichen Resultat das sie bisher gehabt hat: Sie ist noch nicht einheitlich für das ganze Reich geregelt, ja zum Theil noch nicht einmal für die einzelnen Bundesstaaten. Die Folge davon ist, daß ein außerordentlicher Wirrwarr herrscht. Die Grenzen der Gewerbeaufsicht sind nicht nur innerhalb der verschiedenen Bundesstaaten, nein, auch innerhalb der verschiedenen Aufsichtsbezirke oft ganz verschieden gezogen. Die Jahresberichte dieser Beamten erscheinen in dem einen Bundesstaat im Anfang des nächsten Jahres, in dem andern erst mehrere Monate später, in einigen sind sie überhaupt nicht durch den Buchhandel zu erlangen. — Obgleich die Gewerbeaufsicht in Süddeutschland mit den Beschwerdekommissionen im Allgemeinen die beste Erfahrung gemacht hat, lehnen die preussischen Beamten ein Zusammenarbeiten mit der Arbeiterorganisation ab. — In Preußen sind auch noch immer die Inspektoren mit der Kesselrevision belastet. Erst einen kleinen, durchaus ungenügenden Fortschritt haben wir in dieser Beziehung durch unsere fortwährenden Proteste erzielt: die Revision der in den landwirtschaftlichen Betrieben verwendeten Kessel ist endlich der Gewerbeaufsicht abgenommen. — Ueberall aber sind viel zu wenig Gewerbeaufsichtsbeamte, so daß eine überproportionale Zahl von Betrieben gar nicht, die anderen in der Regel nur ungenügend besichtigt werden. — Die Auswahl des Aufsichtspersonals ist eine ganz verfehlte. Außer den Technikern sollten dazu herangezogen werden Ärzte, Chemiker und vor allen Dingen Arbeiter, männliche und weibliche, die mit den Zuständen in den Fabriken genau Bescheid wissen. — Ganz besonders schlimm kommen die vielen politischen Arbeiter fort, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind und sich deshalb mit dem nur deutsch sprechenden Aufsichtsbearbeiter gar nicht verständigen können. Für sie müssen Beamte angestellt werden, welche auch die polnische Sprache beherrschen. — Der Reichsbericht erscheint viel zu spät, vermischt wichtige Stellen aus den Einzelberichten und ist in seinem tabellarischen Theil ganz ungenügend und unübersichtlich.

Ebenso wenig hat der notwendige Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes, oft genug nicht einmal die thatkräftige Durchführung der vorhandenen Schutzbestimmungen, stattgefunden. Die

Berordnung für die Konservenfabriken ist zu Ungunsten der Arbeiterinnen und minderjährigen Arbeiter verändert worden. — Bezüglich der Sonntagsruhe sind noch viele herabsetzende Wünsche unerfüllt. Eine ganze Reihe von Berordnungen laufen geradezu darauf hinaus, den Arbeitern diesen notwendigen Schutz zu schmälern. — Der Maximalarbeitsstag hat noch immer keine Aussicht, von Seiten der Reichsregierung unterstützt zu werden. — Durch die Enquete der Gewerbeaufsichtsbeamten über die Gesundheit der Arbeiter in den einzelnen Betrieben ist eine Unmasse von gesundheitschädlichen Arbeitsverhältnissen aufgedeckt worden. Der sanitäre Arbeitstag aber, durch welchen die gefährdeten Arbeiter geschützt werden könnten, ist noch lange nicht in dem erforderlichen Umfange eingeführt. — Die Bäderverordnung steht in den meisten Städten nur auf dem Papier. Ja, die Regierung ist sich „noch nicht schlüssig“ darüber, ob sie den Bäderbesuch nicht noch mehr abschwächen soll. Und dies angesichts der ungeheuerlichen Zustände in gewissen Bädern, die, wie unser Redner den Regierungen vorhielt, kürzlich wieder in Würzburg bekannt geworden sind. Nicht einmal die furchtbare Sprache der täglich sich ereignenden schweren Unglücksfälle bei den Berg- und Bauarbeitern vermochte die Regierungen so weit aufzurütteln, daß endlich vom Reich die nötigen Schutzgesetze erlassen wurden. Ja, die Reichsregierung lehnte sogar den Versuch des Bauarbeiterschutzes ab, angeblich, weil sie keinen Beamten entbehren konnte, in Wahrheit aber, wie sich in Folge unserer Beschwerde im Reichstage herausstellte, weil sie ihre Beamten nicht der Gefahr aussetzen wollte, ein mit rothem Tuch geschmücktes Lokal betreten zu müssen. Wir verwahrten uns dagegen, daß die Regierung sich aus einem so wichtigen Grunde von einer ihrer wichtigsten Pflichten, die Forderungen der Arbeiter zu hören und zu prüfen, zurückhalten läßt. Wir forderten auch in dieser Beziehung für die Arbeiter das gleiche Recht, das die Regierung den anderen Kreisen der Bevölkerung zugest. Außerdem wiesen wir den Herren nach, daß sie gar keine Berechtigung haben, von der rothen Farbe, der Farbe der Sozialdemokratie, so verächtlich zu sprechen.

Das geringe Entgegenkommen der Regierung gegenüber den Forderungen der Arbeiter ermunterte die Unternehmer zu Anmaßungen, wie die Petition, die der Innungsverband deutscher Baugewerksmeister an den Reichstag richtete. In dieser Petition forderten die Meister, daß sie in den Fällen von Verurtheilungen für Vergehen der jahrelängigen Tödtung in Folge gewissentlicher Gefährdung der Arbeiter durch ungenügende Schutzvorrichtungen, Verwendung schlechten Materials usw., nicht mehr zu Gefängnis, sondern zur Festungshaft verurtheilt werden. Wir beglückwünschten unseren Antrag, diese Petition nicht dem Beschluß der Petitionskommission gemäß der Regierung als Material zu überweisen, sondern ohne Weiteres in den Papierkorb zu werfen. Dieses wurde denn auch einstimmig beschlossen.

Im Weiteren erinnerten wir die Regierungen an die Seemannsordnung, die nach den jahrelangen Vorarbeiten doch endlich einmal fertig werden muß. Dann lenkten wir die Aufmerksamkeit auf die traurigen Zustände in den Ziegeleien, in den Mältereien, unter den Erbarbeitern bei den preussischen Staatsbahnbauten; in der Cigarren- und Konfektionsindustrie, für welche die bis jetzt erlassenen Schutzverordnungen völlig ungenügend sind; in der Glas- und Porzellanindustrie, bei den Werkstatteinrichtungen sowie unter den Angeestellten bei Notaren, Rechtsanwältinnen, Krankenkassen, Berufsvereinigungen, Versicherungsgesellschaften usw. Auf die Lage der ländlichen Arbeiter gingen wir bei verschiedenen Gelegenheiten ein und zogen uns dadurch die ganz besondere Aufmerksamkeit der Agrarier zu. Wir ließen jedoch nicht nach, sondern zeigten immer von Neuem, wie notwendig es ist, daß die Gesundheitsordnung aufgehoben, den ländlichen Arbeitern das Koalitionsrecht gegeben und für diese elenden Lohnlosen menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Fast ebenso schlimm, ja in mancher Beziehung noch schlimmer, sieht es in der Hausindustrie aus. Deshalb mahnten wir wiederum die herrschende Klasse an ihre Pflicht, daß sie die in der Hausindustrie und im Kleinhandwerk beschäftigten Arbeiter, Arbeiterfrauen und Arbeiterkinder nicht zu Grunde gehen lassen darf.

Daß sehr viele Arbeiterwohnungen nicht im Mindesten den Rücksichten auf die Gesundheit und Sittlichkeit der Bewohner entsprechen, geben jetzt auch die bürgerlichen Parteien zu. Um diesem Uebelstande wenigstens in einigen Fällen abzuhelfen, werden Gelder der Invaliden- und Altersversicherungskassen zum Bau von Arbeiterwohnungen verwendet. Wir erklärten uns damit einverstanden, wenn diese Gelder gegeben werden an Gemeinden oder Vereine, die aus Arbeitern und kleinen Leuten bestehen. Aber gegen die bisherige Art, daß einzelne große Unternehmer mit diesem Gelde Wohnungen für „ihre“ Arbeiter bauen, protestiren wir. Denn, die Abhängigkeit der Arbeiter, die mit der Arbeit zugleich auch ihre Wohnung verlieren, ist noch ärger als die der andern Arbeiter.

Die Art, wie bei uns Arbeiterstatistik getrieben wird, kennzeichneten wir an der famosen Streikstatistik des Grafen v. Posadowski. Sie wurde entgegen den Grundgesetzen, welche selbst von amtlicher Seite als maßgebend für die Berechnung einer solchen Statistik angegeben worden sind, von der Polizei gemacht. Die Arbeiter zu fragen, hielt man für unnöthig.

Fast ganz brach gelegt ist die Kommission für Arbeiterstatistik, die sich die Feindschaft der Großindustriellen dadurch verdient hat, daß durch ihre Erhebungen ein Theil der bestehenden Mißstände angedeutet worden ist. In dem Etat werden für diese Kommission 39 000 M. verlangt, eine verhältnißmäßig sehr geringe Summe. Von diesem Gelde sind aber 1897/98 nur 5985 M. ausbezahlt worden, weil die Kommission beinahe gar nicht in Thätigkeit getreten ist. Wir forderten, daß die Kommission, die nur auf Anordnung der Regierungen zusammentreten kann, ihre Thätigkeit voll entfalte, und daß die Ergebnisse ihrer Untersuchungen den Erlass der nötigen Schutzvorrichtungen zur Folge haben.

Außerdem brachten wir im Reichstage folgende sozialpolitischen Anträge ein:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen:

- 1) die Errichtung von Gewerbegerichten obligatorisch gemacht und deren Zuständigkeit auf die Entscheidung von Streitigkeiten ausgedehnt wird, die aus dem Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis...
2) die Theilnahme an den Wahlen und die Berufung an Mitgliedern eines Gewerbegerichts auf die in den genannten Verufen beschäftigten weiblichen Personen ausgedehnt wird;
3) die Verleihung des Wahlrechts und der Wählbarkeit auf das vollendete 20. Lebensjahr herabgesetzt wird.

II.

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Entwurf für ein Reichs-Gewerbegesetz vorzulegen.

III.

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen an Stelle der im § 139 b der Reichsgewerbeordnung bestimmten Beamten und Landes-Polizeibehörden Verwaltungsbehörden nach folgenden Grundrissen errichtet werden:

Die Aufsicht erstreckt sich auf alle Betriebe im Gewerbe, einschließlich der Heimarbeit, Handel, Verkehr, Bergbau, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Schifffahrt.

Sie wird einer Reichs-Zentralaufsichtsbehörde übertragen, welche dieselbe nach Inspektionsbezirken zu organisieren hat.

In den Inspektionsbezirken wird die Betriebsaufsicht von Reichsbeamten und Beigeordneten gemeinsam ausgeübt mit dem Recht, ihre Anordnungen zwangsweise durchzuführen.

Die Beigeordneten sind aus Grundbesitzern, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts von den Hülfspersonen aller Betriebe zu wählen. Weibliche Beamte und Beigeordnete sind entsprechend der Zahl der in den Betrieben beschäftigten weiblichen Hülfspersonen anzustellen beziehungsweise zu wählen.

IV.

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die regelmäßige tägliche Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis im Gewerbe, Industrie, Handels- und Verkehrswesen beschäftigten Personen auf 8 Stunden festgesetzt wird.

V.

Ein fünfter Antrag verlangte freies Vereins- und Versammlungsrecht als die Voraussetzung jedes ernst gemeinten Arbeiterschutzes.

Von diesen Anträgen ist nur I zur Berathung gelangt und wurde abgelehnt, wie ja fast alle unsere Anregungen scheinbar ungehört verhallen. Aber nur scheinbar. Wenn auch unsere Gegner im Reichstage sie nicht verstehen wollen oder nicht zu fassen vermögen, sie drängen doch in die große Halle des arbeitenden Volkes, und dort werden sie von einer immer härteren Kampfbereitschaft mit freudiger Zustimmung aufgenommen. Das bleibt mit der Zeit nicht ohne Einfluß auf die Vertreter der gegnerischen Parteien und der Regierung, zumal die Mißstände immer ärger werden, und die dringende Nothwendigkeit, daß „etwas“ geschehe, immer deutlicher hervortritt.

So hatten die Nationalliberalen und das Centrum ebenfalls Abänderungsanträge zum Gewerbegerichtsgesetz gestellt. Der nationalliberale Antrag forderte einen Gesetzentwurf, nach dem zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Prinzipal und eingeheulter und Handlungsgehilfen und Lehrlingen andererseits kaufmännische Schiedsgerichte errichtet werden.

Diese Forderung, die auch in unserem Gewerbegerichtsentscheidungen ist, ist im Wesentlichen eine Wiederholung einer in der vorigen Session vom Reichstag gefaßten Resolution. Die Räcker derselben sind die sozialdemokratischen Mitglieder der Handels- und Gewerbe-Kommissionen, die dort diese Resolution vorgebracht haben.

Das Centrum erstrebte die Reform der Gewerbegerichte zu dem Zwecke:

- a) eine geordnete Aufstellung der Wählerlisten wirksam zu sichern;
b) die Errichtung von Gewerbegerichten obligatorisch zu machen, so weit nicht die Landesregierung wegen mangelnden Bedürfnisses Ausnahmen gestattet;
c) die Kompetenz der Gewerbegerichte als Einigungsämter (§ 60 des Gesetzes, betreffend die Gewerbegerichte) dahin zu erweitern, daß dieselben auch ohne Anruf der streitenden Parteien für die Beilegung der Streitigkeiten wirken können.

Das unter a und c Geforderte ist praktisch bedeutungslos. Und in dem zweiten Satz (b) wird die Verbesserung, von der zuerst die Rede ist, durch die darauf folgende Einschränkung wieder aufgehoben.

Die beiden Anträge standen zugleich mit unserem Antrage I zur Beratung. Unsere Redner wiesen nach, daß nur durch unsere Vorschläge die Gewerbegerichte so ausgebaut würden, wie es im Interesse einer schnellen und sachgemäßen Rechtspflege für alle Arbeiter notwendig ist. Nachdem aber unser Antrag abgelehnt war, stimmten wir dafür, daß wenigstens die beiden anderen Anträge einer Kommission überwiesen würden, damit wir dort von Neuem für eine, unserer Ueberzeugung entsprechende Reform der Gewerbegerichte einreden könnten.

Artikel I.

Dem § 1 des Gesetzes vom 29. Juli 1890 wird als letzter Absatz die folgende Vorschrift hinzugefügt:

„In Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern muß die Errichtung eines Gewerbegerichts von der Landes-Zentralbehörde auf Antrag beteiligter Arbeitgeber oder Arbeiter angeordnet werden.“

Artikel II.

Dem § 3 (Zuständigkeit der Gewerbegerichte) folgende neue Bestimmung hinzuzufügen:

„Über Entschädigungsansprüche aus geschädigten Eintragungen in Arbeitsbücher, Zeugnisse, Krankentafelbücher und Ausfertigungen der Invalidentafeln und Altersversicherungsanstalten, sowie wegen widerrechtlicher Vorenthaltung dieser Papiere.“

Artikel III.

In § 13 des Gesetzes wird als Absatz 5 die folgende Bestimmung hinzugefügt:

„Die Gemeindebehörde hat eine Liste der Wahlberechtigten aufzustellen, Polizeibehörden, Krankentafeln, welche im Bezirke des Gerichts bestehen, sind verpflichtet, der Gemeindebehörde auf Verlangen die für die Fertigung der Wählerliste für Arbeitgeber und Arbeitnehmer erforderlichen Auskünfte zu geben, insbesondere Einsicht der Mitglieder-Verzeichnisse bezw. der Gewerbe-

anzeigen zu gewähren. Die Liste ist während 4 Wochen vor dem zur Wahl bestimmten Tage zu Jedermanns Einsicht auszuliegen, und ist dies zuvor öffentlich bekannt zu machen. Wer bis zum Tage vor der Wahl seine Wahlberechtigung nachweist, ist in die Wählerliste einzutragen.“

Artikel IV.

Nach § 62 des Gesetzes wird die folgende neue Bestimmung eingeschoben:

§ 62a.

Erfolgt die Anrufung (des Gewerbegerichts als Einigungsamt) nur von Seiten einer Partei, so hat der Vorsitzende hiervon einer oder mehreren der ihm als Vertrauensmänner der anderen Partei bekannten Personen Kenntniß zu geben und zugleich nach Möglichkeit dahin zu wirken, daß auch die andere Partei sich zur Anrufung des Einigungsamtes bereit findet.

Auch in anderen Fällen soll der Vorsitzende bei Streitigkeiten der im § 61 bezeichneten Art auf die Anrufung des Einigungsamtes hinzuwirken suchen und dieselbe den Parteien bei geeigneter Veranstaltung nahe legen.

Der Vorsitzende ist befugt, an den Streitigkeiten beteiligte Personen vorzuladen und zu vernehmen. Er kann hierbei für den Fall des Nichterscheinens eine Geldstrafe bis zu 100 Mk. androhen. Wegen der Befreiung der Strafe findet Beschwerde nach den Bestimmungen der Zivilprozessordnung statt.

Das Plenum des Reichstags hat zu diese Beschlüssen der Kommission noch nicht Stellung genommen.

(Fortsetzung folgt)

Politische Rundschau.

Deutschland.

Bei der Reichstagswahl in Pirna ist wider alles Erwarten der antisemitische Kandidat Lohse gegen unseren Parteigenossen Fräßdorf gewählt worden, und zwar nach den letzten Nachrichten des „Pirnaer Anz.“ mit 13095 gegen 12547 Stimmen. Bei der Hauptwahl erhielten: Fräßdorf 11571, Lohse 10662 und Strohbach (Freisinn) 1825 Stimmen. Eugen Richter versucht in der heutigen „Freis. Bl.“ das jämmerliche Verhalten seiner Parteigenossen im Wahlkreis Pirna zu beschönigen, wobei er allerdings eine wenig glückliche Hand hat. Die linksfreisinnige „Volksztg.“ verurtheilt dagegen die schwachvolle Haltung der Freisinnigen auf das Entschiedenste. „Offenbar haben sie“ (die Freisinnigen) — so schreibt das Blatt — „ihren Dank für die Ehre, von den Organen des Ahrwäldchens plöblich für „staatszerhaltend“ erklärt zu werden, brühend heiß abstritten wollen. Ein jämmerlicher Freisinn das, der so tief sinken kann! Nicht ganz ungeschädigt an solchen beschämenden Vorlesungen sind diejenigen freisinnigen Kreise, die das reaktionäre Treiben mitmachen, wonach der gute Bürger unablässig mit den läppischsten Mitteln vor dem „rothen Geleppst“ ängstlich gemacht wird. Die schlotterliche Sozialistenfurcht, die die Konservativen für ihre Zwecke hegen oder brucheln, schreibt die Freisinnigen des Pirnaer Wahlkreises um ihr bish. politisches Verstand gebracht zu haben.“

Miquel erhält jetzt auch, nachdem Herr Dr. Ueber in seiner Hefenrede über den Fährdchenschuh vor die Fähr geworfen, von der „Kreuzzeitung“ den nicht erbetteten Abschied. Man liest in dem Organ für unverschämtes Junkerthum:

„Schon wieder tauchen Krüsengerüchte auf. Diesmal soll es sich aber um etwas geringeres handeln, als um einen zwischen dem Fürsten Hohenzollern und Herrn von Miquel bestehenden scharfen Gegensatz, der möglicherweise mit der Amtseinführung eines dieser beiden Staatsmänner enden werde. Nach der „Weidenschen Zeitung“, welche diese Krüsengerüchte verbreitet, soll die Ursache in der Auffassung über die Folgen der Ablehnung der Kanalvorlage und über die dadurch veranlaßte Aenderung des Verhältnisses der Staatsregierung zur konservativen Partei liegen. Fürst Hohenzollern habe, so wird weiter ausgeführt, die Ablehnung der Kanalvorlage als eine ihm persönlich zugefügte Kränkung empfunden und sei deshalb gekommen, für diese Niederlage an den Agrariern Rache zu nehmen. Herr Dr. Miquel hingegen stehe heute noch auf dem Standpunkte, daß in Preußen nicht gegen die Konfession regiert werden könne, und habe deshalb den Wunsch, daß dem Regierungselbstzuge gegen die Kanalopposition thätlich bald ein Ende bereitet werde.“

Wir wissen nicht, sagt die „Kreuzzeitung“, ob man in der That von dem Vorhandensein einer Krise sprechen kann. Aber von zuverlässiger Seite haben wir die Ansicht äußern gehört, daß in der That ein Meinungsunterschied zwischen dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums in Bezug auf die Kanalvorlage bestanden hat und auch noch besteht. Nur sei es Herr Dr. v. Miquel und nicht der Fürst Hohenzollern, der zur Aufhebung des Gegensatzes zwischen der Konservativen und der Staatsregierung beigetragen habe. Insbesondere sei Herr von Miquel an der Aufregung der Beamten stark beteiligt; auch habe er den hierauf bezüglichen königlichen Erlaß Namens des Staatsministeriums gegenzeichnet und trage somit für denselben in erster Linie die Verantwortung.

Wenn diese Darstellung richtig ist, so sind weitere Ueberraschungen auf dem Gebiete der inneren Politik nicht ausgeschlossen. Denn es ist selbstverständlich, daß dann auch das persönliche Verhältnis des Herrn von Miquel zur konservativen Partei eine Aenderung erfahren und der Vizepräsident des Staatsministeriums dann kaum noch bei einer einzigen der maßgebenden politischen Parteien eine zuverlässige Stütze finden würde.“

So hätte denn Miquel in seiner Ueberschlaucht es mit allen Parteien verdorben. Daß es so weit kommen mußte, war vorauszusehen. Die Frage war nur, wann die Situation dazu reif wäre.

Freiherr von Stumm und der Kaiser. Der König von Saarabien, der sich während des ganzen Sommers so schweigsam wie selten verhielt, hat am Sonnabend in Saarbrücken ein Lebenszeichen von sich gegeben. Er hat bei einem Festessen zu Ehren des scheidenden Landraths Oberregierungsrath Bate einen Toast auf den Kaiser ausgebracht, worin er, der „St. Johann-Saarbrücker Zeitung“ zufolge, ganz besonders die Erhabenheit des Kaisers und seinen guten Willen betonte, wenn man sich auch nicht immer mit seinem Thun einverstanden erklären könne. — Die kanalseindlichen Artikel des Herrn von Bedlich in der „Post“ scheinen auch Herrn von Stumm zu einem heftigen Kanalgegner gemacht zu haben.

Durch die Enthüllung des „Vorwärts“ über die Mitarbeiterchaft des Seehandlungspräsidenten Freiherrn von Bedlich an der Stumm'schen „Post“ ist eine bedeutungsvolle politische Intrigue unwiderleglich und urkundlich festgelegt worden: Ein hoher Beamter schreibt als Vertrauensmann des kanalseindlichen Finanzministers von Miquel Artikel gegen den Kanal, die aber nicht Herr Miquel, sondern der wüthende Kanalgegner Herr von Stumm honorirt! — Selbstverständlich spreien die konservativen Blätter entweder Gift und Galle über den „Vorw.“ aus oder auch sie hüllen sich in berebtes Schweigen, wie es die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ thut.

Das beleidigte System Puttkamer. Die „Straßburger Freie Presse“ schreibt: In einer öffentlichen Versammlung zu Neumühl hat unser Parteigenosse Bernhard Böhle gegen die „Rechtszustände“ in dem Lande, das man Neu-Puttkamerun nennt, Protest eingelegt und dabei in aufflammender Entrüstung es „Schandthaten“ genannt, was hier gegen die mit gesetzlichen Waffen kämpfende Arbeiterklasse verübt wird. Genosse Böhle wurde hierfür wegen Beleidigung der Straßburger Polizei und des Ministeriums für Elsaß-Lothringen als Beschuldigter vernommen. Später wurde auch unser früherer verantwortlicher Redakteur, Genosse Richard Schulze, als Beschuldigter in der Sache vernommen, weil er dem bezüglichen Versammlungsbericht eine beleidigende Bemerkung angefügt hatte. Ferner wird dem Genossen Schulze zur Last gelegt, in Nummer 161 der „Freier Presse“ vom 13. Juli d. J. unter dem Titel „Germanisationserfolge“ einen Artikel veröffentlicht zu haben, der sich mit der von der reichsständischen Regierung betriebenen Germanisationsmethode beschäftigt und durch welchen das reichsständische Ministerium sich beleidigt fühlte. In beiden Fällen, gegen Böhle als Sprecher in der Versammlung zu Neumühl und gegen Schulze als verantwortlicher Zeichner des Neumühler Versammlungsberichts sowie des Artikels „Germanisationserfolge“ in der Freien Presse, hat der Staatssekretär von Puttkamer als Repräsentant der Landesverwaltung Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Die Anklageschrift ist den beiden Genossen diesen Freitag zugegangen. Es ist unsere Kenntnis das erste Mal, daß Herr von Puttkamer wegen einer noch seiner Meinung unzulässigen Kritik seiner Regierungshandlung und des politischen Systems, dem er den Namen gegeben hat, Strafantrag stellt. Zum ersten Male wird also, wenn das Landgericht Straßburg dem Antrage der Staatsanwaltschaft stattgibt, das System Puttkamer, unter besonderer Berücksichtigung seiner Germanisationserfolge, in öffentlicher Gerichtsverhandlung unstandsüch zur Erörterung kommen.

Die Buchhausvorlage und die Gewerksvereine christlicher Bergleute. Im „Hartknappen“, dem offiziellen Organ des „christlichen“ Verbandes, liest man folgendes:

„Im übrigen sehen wir den kommenden Dingen (der sog. Buchhausvorlage) ganz ruhig entgegen, trotz des Geschreiens der „Scharmacher“ und deren Schleppträger in anderen Bevölkerungskreisen. Sollte man absolut die Buchhausvorlage für notwendig erachten und zum Sieg machen, dann zweifeln wir nicht, daß die deutsche Arbeiterschaft, namentlich die organisierten Arbeiter, die nötige und richtige Antwort darauf geben. Die Antwort wäre unsere Erachtens die, daß die ganze deutsche Arbeiterschaft in einem Generalstreik trete, um ihr Koalitionsrecht zu schützen! Und wir werden nach unserem Theile nach Kräften dazu beitragen, dieses zu verwirklichen, und wenn wir die ersten wären, die in das Buchhaus kämen.“

Zu dieser von erschütterter Frische abgegebenen Meinungsäußerung bemerkt die agrarische „Deutsche Tagesztg.“: „Diese Sätze verrathen wenig von christlichem Geiste, scheinen aber den wahren Charakter der Führer des Vereins zu enthüllen.“ Unter „christlichem Geiste“ verstehen die Herren von der „Deutschen Tageszeitung“ eben nur willkürliches Duden und Kriechen. Jedes Aufwallen heiligen Manneswortes in dieser Gesellschaft „unchristlich.“

Kein gutes Zeichen! In einem eigenartigen Gegensatz zu der vielgesprochenen günstigen wirtschaftlichen Konjunktur stehen die statistischen Zahlen über die Kontrakte. Es wurden nämlich in Deutschland angemeldet im ersten Halbjahr 1899 48 69 Kontrakte (gegen 4522 im ersten Halbjahr 1898). Wegen mangelnder Masse wurden 395 abgewiesen, zurückgezogen wurden 709 Kontraktanträge und 3767 Kontrakte (1898 3527) thotächlich eröffnet. Beendet wurden durch Schlußvertheilung 2086 (1898 1990), durch Zwangsvergleich 802 (795), durch allgemeine Einwilligung 96 (78) und wegen mangelnder Masse 218 (214). Diese Ziffern bringen den Beweis, daß mit der überaus guten Konjunktur zugleich die wirtschaftliche Unsicherheit gestiegen ist. Thatsächlich ist die Geldnoth speziell auch in den Kreisen der Bauinteressenten in Folge des hohen Zinsfußes und der Schwierigkeit, Hypotheken auf neuerbaute Häuser aufzutreiben, eine ganz andere. Wer Gelegenheit hat, mit Bauhandwerkern und Bauherren zusammen zu kommen, wird wissen, daß diese, wie noch nie zuvor mit Wecheln arbeiten müssen, um wenigstens die Arbeitslöhne flüssig zu machen. Unter diesen Verhältnissen haben natürlich alle Gewerbe- und Handeltreibenden mehr oder minder zu leiden und so gilt jetzt, in mitten des fast noch nie dagewesenen wirtschaftlichen Aufschwungs — es ist eine Ironie, aber wahr — das Wort: Es ist nicht alles Gold, was glänzt.

Verleppisch und die Koalitionsfreiheit. Auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik in Breslau betheiligte sich auch Staatsminister von Verleppisch an der Erörterung über die Hausindustrie. Er sprach sich für eine wirksame Arbeiterschutzgesetzgebung und unbe-

hinderte Koalition der Arbeiter aus. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. — Das ist Verleppsch, der Eminent, Verleppsch, der Minister, war ein getreuer Kommiss der Scharfmacher.

Rüstlerische „Ideale.“ Der Innungsausschuß in Nürnberg hatte dem Würzburger Handwerkerkongress folgende, allgemeinsten Kennzeichnungs würdige Resolution, die nur wegen vorgerückter Zeit von der Tagesordnung abgeseht wurde, unterbreitet: 1. „Es sei an den hohen Bundesrath und deutschen Reichstag die Bitte um Einführung des Arbeitsbuches für alle Gesellen (Gehilfen) ohne Unterschied des Alters zu richten. 2. dieses Arbeitsbuch, welches jeder Geselle führen muß, sei so einzurichten, daß in demselben vom Meister, Fabrikanten oder Arbeitgeber der Ein- und Austritt aus dem Arbeitsverhältniß, also die Dauer der Beschäftigung eingetragen werden muß, der Meister jedoch, wenn ein Geselle (Gehilfe) ordnungsgemäß oder gesezwidrig das Arbeitsverhältniß löst, nicht verpflichtet ist, demselben sein Arbeitsbuch einzuhändigen. 3. es sollen die Polizeibehörden gesetzlich angewiesen werden, dieses Arbeitsbuch allein als richtige Legitimation eines jeden reisenden oder festernden Gesellen anzuerkennen.“ — Warum wollten die Rüstler nicht gleich die Hürigkeit und Verleppsch für die Gesellen fordern? Wer wird auf halbem Wege stehen bleiben? Die Nürnberger Rüstler scheinen ganz vergessen zu haben, daß wir z. Bt. 1899 schreiben und nicht 1890, wo sie solche Wünsche laut werden lassen konnten, ohne vielleicht sich lächerlich zu machen.

Vom Schutze der Arbeitswilligen. Der Oberstaatsanwalt in Köln erließ infolge des Streiks der Zimmerleute, Messinger und Installateure folgende Verfügung: „Da die Verhältnisse es notwendig machen, alle in den bestehenden Strafgesetzen gegebenen Mittel zum Schutze gegen den Mißbrauch der Koalitionsfreiheit mit voller Energie anzuwenden, so halte ich es für geboten, daß die ersten Staatsanwälte auch die Thätigkeit der Amtsanwälte auf diesem Gebiete genau beaufsichtigen und leiten. Ich empfehle deshalb, die Amtsanwälte anzuweisen, daß sie einschlägigen Sachen, mag es Anzeige auch nur auf Hebertragung lauten, bevor sie die Entscheidung über Anklage-Erhöhung oder Einstellung treffen, mit einem besonderen, ihre Auffassung kurz darlegenden Bericht der Staatsanwaltschaft vorlegen und daß sie, wenn sie nach Aburtheilung solcher Sachen Verurteilung einlegen, die Akten zur Prüfung darüber einreichen, ob Verurteilung wegen ungewollter Freiheitsberaubung oder wegen zu geringen Strafmaßes durchzuführen sei.“ — Die Verurteilung ist z. Bt. des Rechtsanwaltes fast selbstverständlich und fügt sich anderen Maßnahmen der Scharfmacher würdig an. Leider hat der Kölner Staat bereits zu einigen Ausstellungen geführt. Die „Frankf. Bzt.“ berichtet darüber: Vor einem Gericht in der großen Neugasse geriet ein Streikender mit Arbeitswilligen aneinander, wobei einer der Ausständigen einen Streikbrecher einen Meißel in den Hals versetzte. Es werden einzelne Geschäfte durch Polizeiposten bewacht. Mehrere Ausständige wurden verhaftet unter der Beschuldigung, Arbeitswillige dazu, Drohungen zur Arbeitsüberlegung bestimmt zu haben. — Ich beurtheile den vorerwähnten Vorfall ganz einfach. Sie haben der Arbeiterbewegung ganz enorm und sind nur Wasser für die Mühlen der Scharfmacher.

Die deutsche Volkspartei hat dieser Tage in Mainz ihren Parteitag abgehalten. Von den Beschlüssen halten wir zwei der Mittheilung werth und wollen sie daher unsern Lesern nicht vorenthalten. Im Anschluß an einen Vortrag Leopold Sonnemanns über die Arbeitslosen-Versicherung wurde folgende Resolution angenommen:

„1. Gemäß dem Programm der Deutschen Volkspartei ist eine Versicherung gegen die wirtschaftlichen Folgen unversicherteter Arbeitslosigkeit eine wichtige Aufgabe der deutschen Sozialpolitik. 2. Insofern nicht die Gewerkschaften und Gewerksvereine die Versicherung zu übernehmen in der Lage sind, ist eine Versicherung auf kommunaler Grundlage mit ortstatutarisch einzuführendem Versicherungszwang zur Zeit der gangbarste Weg, um diese Aufgabe zu lösen. 3. Der erste Schritt, diese Versicherung zu fördern, wie es das Parteiprogramm verlangt, wäre ein Reichsgesetz, das den Gemeinden die heute fehlende Berechtigung gäbe, eine Versicherung auf solcher Grundlage bei sich einzuführen und das zugleich gewisse Normativbestimmungen aufstellte. 4. Die Gemeinden müßten volle Freiheit behalten, die Versicherung einzuführen oder nicht; diejenigen Gemeinden, welche davon nicht Gebrauch machen wollen, würden von dem Gesetz ganz unberührt bleiben. 5. Zu dem von der Kommission ausgearbeiteten Gesetzentwurf sieht der Parteitag eine geeignete Grundlage für ein solches Gesetz.“

Außerdem wurde eine Resolution gegen die Buchhausvorlage angenommen, die besagt, daß der Parteitag vom deutschen Reichstag die entsprechende und unbedingte Ablehnung der Vorlage, insbesondere auch mit aller Entschiedenheit jedem Verjuche entgegenzutreten, der darauf abzielt, das Ausnahmerecht der Vorlage auf den Boden des „gemeinen Rechtes“ zu verpflanzen oder Bestimmungen der Vorlage in ein Gesetz über Sicherung des Koalitionsrechtes einzuschmelgen.

Pensionirt wurden seit 16. August in der deutschen Armee: 1 General der Kavallerie, 1 General der Artillerie, 2 Generalmajore, 5 Oberste, 2 Oberstleutnants, 18 Majore, 17 Hauptleute, 10 Oberstleutnants, 7 Leutnants; In Summa 63 Offiziere. Kosten pro Jahr etwa 214 000 Mk. Ohne Pension wurden ferner verabschiedet 7 preussische, 1 bayerischer und 1 württembergischer Leutnant. Endlich sind noch „ausgeschiedene“ 2 Oberstleutnants und 14 Leutnants, sämmtliche in Preußen. Der Gesamtabgang beträgt somit 88 Offiziere, gewiß ein Beweis dafür, daß „die Säge“ auch in den Tagen der Sauregurkenzeit unermüde weiterarbeitet. Von den Pensionirten treffen auf Preußen: 1 General der Kavallerie, 1 General der Artillerie, 1 Generalmajor, 4 Oberste, 1 Oberstleutnant, 15 Majore, 13 Hauptleute, 7 Oberstleutnants und 5 Leutnants; auf Bayern: 1 Generalmajor, 1 Oberst, 1 Oberstleutnant, 2 Majore, 3 Hauptleute, 2 Oberstleutnants, 2 Leutnants; auf Sachsen: 1 Oberstleutnant; auf Württemberg: 1 Major und 1 Hauptmann. Zum Schluß noch die erfreuliche Kunde, daß am 1. Oktober 19 Offiziere aus der Deutschland innerlich so nahe stehenden Türkei zur Dienstleistung in die preussische Armee treten werden. Mögen die Herren ihre Parents nicht vermissen und im Kasino niemals dazu verleitet werden, den Gesetzen des Propheten zuwider süßen Wein zu schlürfen!

Kleine politische Nachrichten. Die sozialdemokratische Fraktion im bayerischen Landtag nimmt, wie im Jahre 1893, an der Großmünzfeier des Königs im Thronsaal der Residenz theilnehmend nicht theil. Bewußt Löwenstein wird daher auch von dem ihm zustehenden Rechte, als Alterspräsident zu fungieren, keinen Gebrauch machen. Für die Buchhausvorlage hat sich nach einem Vortrag des bekannten arbeitenden Abg. Wenner (Düsseldorfer) in München folgende „Verein deutscher Eisenbahner“ ausgesprochen. Wer hätte wohl einen anderen Beschluß von diesen Leuten erwarten sollen? — Das gegen den nationalen Sozialisten v. Werlich durch den Eisenbahnerverband eingeleitete Verfahren wegen Anreizung zum Klassenhaß und Verleumdung ist eingestellt worden. Dem nächsten preussischen Landtag soll nach der „Bzt.“ eine Forderung von 12 Millionen Mark für Regulierung der Eisenbahnen zum Zwecke der Bekämpfung von Hochwasserständen unterbreitet werden. Nachdem vor mehreren Monaten in Berlin der ehemalige Direktor Thoma von der National-Verwaltungsgesellschaft verhaftet wurde, ist jetzt die Verhaftung der Eisenbahnergesellschaft ebenfalls durch den Reichsanwalt an der Spitze der früheren Vorstände der Nationalen Eisenbahner-Vereinigung, Graf Armin Schlegel-Schölkau, auf dem Gute Kassenheide bei Zettin verhaftet worden. Graf v. Armin-Schlegel-Schölkau ist der einzige Sohn und Erbe des ehemaligen bayerischen Hofkammerpräsidenten Grafen Armin von Thoma, den Graf v. Armin als Jüngling erblieb. Die Verhaftung der Eisenbahnergesellschaft ist ein Beweis für die Verhältnisse im politischen Leben geworden. Die Unterbrechung gegen die in Berlin verantwortlichen Leiter der National-Verwaltungsgesellschaft ist eine genossenschaftliche Bekämpfung von vornehmer Art, die sich gegen die Verhältnisse in Berlin richtet. In der Sache um die Eisenbahnergesellschaft in Berlin sind die Verhältnisse im politischen Leben geworden. Die Unterbrechung gegen die in Berlin verantwortlichen Leiter der National-Verwaltungsgesellschaft ist ein Beweis für die Verhältnisse im politischen Leben geworden.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in München im letzten Jahre hat nur eine Person als Wahlberechtigter abgerechnet und am 20. Oktober in Preußen Italien hat sich in Konstantinopel bei der Einladung zu deren Kongress, welche seitens des kaiserlichen Reichs ausgesprochen ist, Bewandigung ereignet, da in der Einladung behauptet wird, daß sie auf Verzicht des ägyptischen Königs Mehmed Ali erfolge. — Eine spanische Militärrevolte ist ausgebrochen. Die Regierung der Regierung des Reiches hat sich über die Verhältnisse in der Provinz von Valencia geäußert, worauf dieser zurückgetreten sein soll. Wenn Verlassen des Reiches wollte Silvio alles beschleunigen und sich außer Acht lassen. Er macht große Anstrengungen, um eine Krise zu verhindern, die angesichts der nahe bevorstehenden Eröffnung der Cortes ungelassen wäre. — Nicht ohne Humor ist ein Telegramm aus Pretoria (Transvaal), demzufolge die Direktion des Zoologischen Gartens beabsichtigt, einen neuen von Rhodes als Geschenk gesandten Löwen an denselben zurückzusenden, da das Geschenk unter den jetzigen Umständen als eine Frechheit angesehen sei.

Ungarisch-Österreich. Eine große Arbeiterdemonstration gegen die geplante Gemeindevahlreform fand am Sonntag in Krakau statt. Auf dem Ringplatz, wo Polizei, Infanterie und Dragoner aufgestellt waren, rief die Menge stürmisch: „Hoch das Wahlrecht, nieder mit den Beherrschern!“ Mittags marschirte die ganze Masse vor das Magistratsgebäude, wo ähnliche Rufe ertönten, so dann ging's zum Mickiewicz-Denkmal, wo ein Kranz mit der Aufschrift: „Dem Feinde des Vorkriegs, die polnischen Arbeiter!“ niedergelegt wurde. Verhaftet wurden zehn Arbeiter, die Kundgebung dauerte zwei Stunden und rief in ganz Krakau großes Aufsehen hervor. An vielen Orten der Stadt waren folgende Zettel angebracht: „Weg aus der polnischen Stadt, Ihr feigen russophilen Goldschreiber!“ Diese Kundgebung richtete sich gegen die jungtschechischen Teilnehmer an dem in Krakau tagenden slavischen Journalistenkongresse.

Frankreich. Bei der Leichenfeier zu Ehren Scheurer-Kessners, die am Montag auf dem Ostbahnhof stattfand, wurden mehrere Reden gehalten. Als Brissson, der frühere Ministerpräsident, das Wort nahm, wurde er mit lebhaftem Beifallstößen begrüßt. Brissson feierte Scheurer-Kessner als den Soldaten, der im Dienste der Gerechtigkeit stand und sein ganzes Leben das plebiszitäre Regime bekämpfte, welches Frankreich so viel Unheil gebracht habe. Nach Brissson sprach Senator Ranc und betonte, daß von Scheurer-Kessner ein großer Justizirrtum wieder gut gemacht und der gute Ruf Frankreichs gerettet worden sei. Nachdem die Feier beendet war, wurde Brissson nochmals eine Ovation dargebracht. Die Anwesenden umringten seinen Wagen unter den Rufen: „Es lebe die Republik.“ Brissson, der von dieser Ehrung tief bewegt war, erwähnte seine Freunde, die Republik auch fernerhin zu verteidigen. Oberst Picquart wurde ebenfalls mit

zahlreichen Rufen „es lebe Picquart, es lebe die Republik“ begrüßt.

Dreyfus, Trarieux, Picquart, Bressense und Forzinetti begaben sich dieser Tage nach Carpentras zur endgültigen Vereinbarung des Feldzuges zur Rehabilitation von Dreyfus. Es steht nunmehr fest, daß Dreyfus den Winter im Palaste des Fürsten von Monaco verbringt.

In dem Komploitprozeß werden die Angeklagten in folgende vier Gruppen eingetheilt: erste Gruppe Patrioten, zweite Gruppe Republikaner, dritte Gruppe Antisemiten, vierte Gruppe flüchtige oder nicht verhaftete Angeklagte. Die Anwälte der ersten Gruppe erhielten Mittwoch Nachmittag Einsicht in die Akten. Das Verhör des ersten Angeklagten, Deroulede, beginnt am nächsten Sonnabend.

Arton, bekannt durch den Bonamaprozeß, der nach seiner in contumaciam erfolgten Verurteilung 1896 von England angeküpfert wurde, wurde Dienstag begnadigt und aus der Haft entlassen. Diese Begnadigung wird geteilt jezt böses Blut machen.

Der Arbeitersstand, der vor wenigen Tagen in den Eisenwerken zu Creuzot, dem größten industriellen Etablissement Frankreichs, ausgebrochen ist, bedeutet viel mehr als ein bloßer Lohnkonflikt, er richtet sich gegen das feudale Regime wie es die Eigentümer der Anlagen schon seit zwei Generationen betreiben. Der jetzige Besitzer der Werke, Schneider, will die Abhängigkeit der Arbeiter nicht empfangen, aber nur dann, wenn in der Unterordnung ausschließlich technische oder dienliche Fragen erörtert werden. Die Ausständigen besetzten am Dienstag Abend Kaminabgebungen vor dem Schloß Schneiders und verlangten mit den Rufen: „Dem Herrn!“ zum ersten Male, daß Schneider sein Mandat als Deputirter niederlege.

Serbien. Das Urtheil im Belgrader Hochverrathsprozesse ist, wie man gemeldet, am Montag gefällt worden. Der Prozeß war von vornherein abgesehen von dem Urtheil gegen den Attentäter Knezewitsch eine Justizschandade. Dem Exkönig Milan und seinem sauberen Schutzbefehligen war es nur darum zu thun, der Beseitigung der verhassten radikalsten Führer des Wäntelchen des Reichs zuzuhelfen. Es ist reichlich genug Milan triumphierend ausgerufen. Wenn auch ein Urtheil nur gegen Knezewitsch ergangen ist (Lassibich, der andere zum Tode Verurtheilte, befindet sich im Anstalt, die Strafe gegen ihn kann also nicht vollstreckt werden. Red.), so bedeutet doch schwerer Verbrechen in Serbien so viel als der Tod bei der Zeit, wie man politische Gefangene dort zu behandeln pflegt. Die Großmächte würden bloß bei Verhandlungen eingeschritten sein, die zum Kerker Verurtheilten überlassen sie ihrem Schicksal. — Im Uebrigen ist ausgenommen den Obersten Nikolitsch, die ganze Gesellschaft der Verurtheilten wenig des Mitleids werth, denn ihnen geschieht jetzt nur, was sie selbst, als die Missethäter am Tode waren, ihren politischen Gegnern anthaten. Dergleichen politische Tendenzprozesse sind zumal das Unschickliche in Serbien. Exkönig Milan läßt sich abgeben seines Erfolges kaum lange erfreuen. England und Oesterreich haben dem jungen König Alexander Warnungen genug zukommen lassen: Von über die belgische Verhältnisse gut unterrichteten Verhältnisse hat der Belgrader Korrespondent der „Köln. Bzt.“ der Königin Katalie ihrem Sohn einen Brief hat überreichen lassen, in dem sie ihn warnt, noch weiter den Rathschlägen Milans zu folgen, da seine Entthronung sonst ziemlich gewiß sei. In russischen Negationskreisen herrscht nur ein Urtheil über die Belgrader Vorgänge — tiefe Mißachtung gegen Serbien.

Ueber die Hergänge des letzten Prozeßtages wird der „Köln. Bzt.“ noch Folgendes berichtet: Von Ferne hörbares Kettenklirren beim Herannahen der Angeklagten verließ nicht gutes. Schanden durchlief alle Anwesenden, als sie der mit schweren Fesseln beladenen niedergedrückten Männer ansichtig wurden. Achtzehn bewaffnete Gendarmen mit aufgestanztem Bajonett postirten sich zur Sicherung um die Mitleid erregende Gruppe. Borerst erfolgte eine halbe Stunde lang die Verlesung der Urtheilsgründe. Zur allgemeinen Ueberraschung und Empörung fand der Gerichtshof 13 Personen des Hochverraths schuldig. Nikolitsch, ein starker Mann von einnehmender Gestalt, weinte, als er das Urtheil vernahm, wie ein Kind. Es war herzzerreißend. Das Urtheil übte auf das ganze Publikum niederschlagende, erschütternde Wirkung. Unmittelbar nach dem Urtheil, noch im Gerichtssaale, rief Nikolitsch dem Knezewitsch weinend zu: „Sieh an, Glender, was Du aus mir gemacht hast!“ Knezewitsch antwortete mit aller Ruhe: „Sie haben ja gesehen, Herr Oberst, daß ich in der Verhandlung alles gethan habe, um Sie zu entlasten. Man hat mir nicht geglaubt!“ Im Gefängniß benahm sich Knezewitsch sehr gefaßt. Der ebenfalls zu 20 Jahren Kerker verurtheilte Hauptdenunziant Kressowitsch geberdete sich dagegen wie wahnsinnig, schrie und jammerte. Da sagte ihm Knezewitsch: „Wenn Dir das gar so schwer fällt, so kommst Du ja mit mir gehen.“ Auf telegraphischen Befehl wurde Paschitsch, der sich wieder ganz jämmerlich benommen hat, sofort begnadigt und freigelassen. Er fuhr wenige Minuten nach seiner Begnadigung im offenen Wagen nach Hause, richtete an den König telegraphisch seinen Dank, und versicherte, er werde, wie bisher immer, der Dynastie anhängen und sich als ruhiger Bürger dem Wohle des Landes widmen.

Die Hinrichtung Knezewitsch's, die Montag Nachmittag um 4 Uhr auf der Hinrichtungsstätte in der Dünen

gehend, unmittelbar am Donauflusse stattfand, wohnte ein vieltausendköpfiges Publikum bei, das in weitem Kreise die umgebenden Hügelränder besetzt hatte. Die Leute waren, so berichtet man der „Voss. Ztg.“, lustig und guter Dinge, als ob es sich um ein Volksfest handelte. In einer Erbsenkung war eine Grube geschaufelt, woneben der Deliquent gestellt wurde. Knezewitsch war mit Stricken gebunden, trug seinen gewöhnlichen Anzug und sah sehr blaß aus; er hielt sich aber aufrecht. Nach nochmaliger Verlesung des Urtheils erklärte Knezewitsch dem Richter gegenüber mit lauter Stimme, daß alle Umstehenden es hören konnten, daß alle Verurtheilten, ihn selbst ausgenommen, unschuldig seien. Dann wurden ihm schnell die Augen verbunden und er selbst in die zwei Meter tiefe Grube gestellt. Vier Gendarmen gaben eine Salve aus ihren Mousergewehren ab und die Exekution war vollzogen. Vorschriftsmäßig schossen noch zwei Gendarmen ihre Gewehre auf Knezewitsch ab. Raum waren die Gewehre abgesetzt, als Arbeiter mit Schaufeln herbeieilten und die Grube zuschütteten.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 28. September.

Für eine Buchhandlung in nationalliberaler Fassung plädiren einmal wieder die „Lüb. Anz.“ Wir sind gezwungen, hiervon Notiz zu nehmen, weil das Blatt Amtsblatt ist.

Oldenburgische Landtagswahlen. In Süsel erhielt die „rote“ Liste 12, die gegnerische 24-26 Stimmen, in Ostratka u. erzielten die beiden sozialdemokratischen Wahlmänner je 12, die ordnungsparteilichen je 15 Stimmen.

Billig davongekommen ist der Maurermeister Vogt, welcher vor einiger Zeit einen Klempnergehilfen mit allerlei Verbalinjurien regaliert hatte. Er zahlt 20 Mk. an die Armen der Jakobi-Kirchen-Gemeinde, trägt die Kosten und giebt eine schriftliche Ehrenerklärung.

Steinschläger werden für lohnende Affordarbeit gesucht. Respektanten müssen sich im Stadtbauamt melden.

Die Bezirksbehörde für Gewerbesachen erteilte dem

Schmiedemeister König in Oberbiffau die Konzession zum Wirtschaftsbetriebe.

Hamburg. Als Delegirte zum Parteitag in Hannover wurden gewählt im 1. Wahlkreis: Stolten und Frau Zieg, im 2. Wahlkreis: Blume und Hoffmann, im 3. Wahlkreis: Stubbe, Heine und Baker, für den Wahlkreis Altona-Stormarn: Lesche-Altona, Bruns-Wandsbeck und Laaken-Schiffbeck.

Hamburg. Ein Schwindler großen Stils wurde gestern auf lange Zeit unschädlich gemacht. Der frühere Bankier Tamsen wurde wegen einer großen Reihe Unterschlagungen und Betrügereien zu acht Jahren Gefängniß verurtheilt. Sein Versuch, den Geisteskranken zu spielen, mißlang.

Streuhaus Viehmarkt.

Hamburg, 27. September.

Bei Schweinehandl. verlief nur träge. Zugeführt wurden 1030 Stück. Preise: Versandschweine, schwere 46-47 Mk., leichte 48-50 Mk., Fauen 40-44 Mk. und Ferkel 45-47 Mk. pr. 100 Pfd.

Am 26. d. M., Abends 10 1/4 Uhr entschleifte nach langen schweren Leiden mein lieber Mann
Joachim Gercken
im 59. Lebensjahre. Tief betrauert von mir und meinem Sohne.
Fran Gercken, Aug. Gercken, gen. Böbing.
Die Beerdigung findet am Freitag Nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause, Meiserstr. 44a, aus statt.

Allen denen, die den Sarg unserer kleinen süßen Mine so reich mit Kränzen schmückten, hiermit unsern tiefgefühlten Dank.
A. Maack und Frau, geb. Drews.

Gutes Logis zu erhalten
Obertrave 21/9.

Zum 1. Januar suchen Brautleute e. Wohnung bestehend aus 2 oder 3 Zimmern nebst Zubehör, am liebsten Schwarzenberger Allee oder deren Nähe. Angebote mit Preisangabe u. B a. d. Exped. d. Bl. Suche zum 1. October oder später 1 Wohn. (partiere) vorm Burghor oder H. Haus von ruhiger Miethern.
Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Züchtige Schuhmachergesellen finden sofort dauernde Beschäftigung
F. Baurenfeind,
Mühlenstraße 34.
Gesucht

ein Hausknecht
von 16-18 Jahren zu sofort.
J. Hamann, Adlerstraße 33 d.

Zu kaufen gesucht gut erhaltene Wiedelformen und eine Wiedelformenpresse. Angebote unter **W W** an die Exped. d. Bl.

Suche ein kleines Haus vor oder Nähe d. Mühlenhor. Moller ausgeglichen. Offerten u. **E H** an die Exped. d. Bl.

Das Grundstück Warendorferstraße 50 ist billig zu verkaufen. Näheres Warendorferstraße 33.

Kanonenrofen zu verkaufen
Lühowstraße 13.

Hatte mich meinen Freunden und Bekannten bestens empfohlen.
F. Karberg, Barbier, Dornstraße 9 b.

Allerfeinste Meiereibutter
Pfund 1.40
2te Sorte Pfd. 1.25
Hofbutter Pfd. 1.20
Kochbutter Pfd. 1.05-1.10
empfehlen die Butterhandlung von
Th. Storm, Königsstr 98.

Neue Ia. Berger Flohmeringe
Neue Magdeb. Salzgurken
Essig, Essigspirit u. Wein-Essig
zum Einmachen
in Gebinden jeder Größe empfiehlt
H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge,
Fischergrube 61.
Essigfabrik.

Die berühmten
braunen Kuchen
von Koch & Wilcken, Hamburg
in Packeten à 12 Stück à 15 Pfg.
Nur zu haben bei:
H. Bülck.

Allerfeinste holsteinische Meiereibutter Pfd. 1.40
ferner nicht durch Zufall
allerfeinste russische Pfd. 1.25
mit 2 pCt. Rabatt, bei mehreren Pfunden billiger, empfiehlt
im Butterladen rechts. Obertrave 8. **Ludw. Hartwig**.

Der
Neue Welt-Kalender
für das Jahr 1900
ist soeben erschienen und wie seine Vorgänger sehr reichhaltig ausgestattet.
Aus dem Inhaltsverzeichnis heben wir hervor:
Kalendarium. Postwesen. Reichstagswahlen von 1898. Messen und Märkte. Meister Wolgram und seine Söhne, von Nob. Schweichel. Aus der Jugendzeit, von W. Liebknecht. Entwicklung des Kalenders. Sibirische Eisenbahn. Jacob Mader, mit Porträt. Das Reich des Mahdi. Erringung der Coalitionsfreiheit in England. Paul Grottkau, mit Porträt. Die zehn rothen Thaler, von E. Rosenow u. s. w.
Ferner als Beilage ein Wandkalender.
Preis 40 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung v. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50
sowie durch deren sämtliche Colporteurs.
Auswärtige Bezieger mögen ihre Bestellungen baldigst aufgeben.

Als schöne Zimmerzierde
ist den Parteigenossen zu empfehlen:
Brustbild von Ferd. Lassalle.
Natürliche Größe, Delbruck. Preis 1 Mk.
Brustbild von Karl Marx.
Natürliche Größe, Delbruck. Preis 1 Mk.
Expedition des Lübecker Volksboten,
Johannisstraße 50.

Allgemeine Ausstellung Lübeck
in sämtlichen Räumen des Wilhelm-Theaters.
Freitag den 29. September, Nachmittags von 5-9 Uhr:
Grosses Concert der hiesigen Regiments-Kapelle
unter persönlicher Leitung ihres Dirigenten Herrn Clausniger.
Aus dem Programm: Overture „Marcha“, „Dichter und Bauer“, „Prinz Methusalem“, „Fledermaus“, „Mairoja“, „Donauwalzer“, „Rosen aus dem Süden“.
Eintritt für die ganze Familie 1 Mk. Eine Person 50 Pfg.
Eröffnung 10 Uhr Morgens, Schluß 10 Uhr Abends.

Folkers' Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25
empfehlen
gut gearbeitete Möbeln, Spiegel und
Polsterwaren, vom einfachsten bis zum
eleganteften, zu billigen Preisen.

Die Anmeldung der Confirmanden, soweit sie nicht bereits geschehen ist, erbitten wir in den Vormittagsstunden der nächsten Woche (2. bis 7. October).
Pastor Bernhard.
Pastor Lic. Stülcken.

Durch Schaden wird man klug!
wenn man für gleichmäßig gute Arbeit höhere Preise zahlt.

Es kosten gute
Herrensohlen u. Abfälle Mt. 1.75
Damensohlen u. Abfälle Mt. 1.25
Für Kinder wird nach der Größe berechnet.
Amerikanische
Schuhw.-Reparatur-Anstalt
34 Fischergr. 34.
Die besten Pommerischen Arbeitskiesel erhält man Marlesgrube 38.

Achtung!
Poststadiearbeiter!
Mitglieder-Versammlung
am Freitag den 29. September
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Der Vorstand.

Achtung!
Die
Mitglieder-Versammlung
des
Verbandes d. Brauer u. Bernsg.
findet nicht am 7. October, sondern
am **Sonnabend den 30. September**
Abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50,
statt.
Tages-Ordnung:
Einschicken der Beiträge.
Aufnahme neuer Mitglieder.
Kartellbericht
Stellungnahme zur Conferenz in Bremen.
Innere Vereinsangelegenheiten.
Verschiedenes.

Gasthaus „Zum goldenen Stern“.
Auspielen von
fetten Gänsen, Karpfen, Hasen und Rauchfleisch
auf einem Zischbärd
am **Dienstag den 3. October 1899.**
Anfang Morgens 10 Uhr. Einschlag 50 Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein
Fritz Nüss, Weiter Krambuden 1.

„Stadt Stodholm“
Engelsgrube 87.
Am **Freitag den 29. September:**
Grosses
Abschieds-Concert
von einer verstärkten Capelle unter Leitung des Herrn Capellmeisters **W. Möller** aus Dänemark
Entree frei. Anfang 8 Uhr.
Es ladet freundlichst ein
F. Bull.

Circus Variété
Nur noch 2 Vorstellungen
des amüsanten Spib.-Programms.
Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr.
Sonntag den 1. Oct.:
Vollständiges neues Personal.

Die Lage der deutschen Holzarbeiter.

Unter diesem Titel ist vom Vorstand des Holzarbeiter-Vereins eine kleine Broschüre zur Ausgabe gelangt, die das Material einer statistischen Erhebung über die Lage der Holzarbeiter aus dem Jahre 1897 enthält. Wer da weiß, mit welchen Schwierigkeiten solche Aufnahmen zu kämpfen haben, wird anerkennen müssen, daß mit vielem Fleiß versucht worden ist, aus dem zum Theil unzulänglichen Material etwas Brauchbares und sozialpolitisch Werthvolles zu schaffen.

Die Organisation hatte am Ende des Jahres 1897 drei Arten von Fragebogen verfaßt. Es waren dies ein Orts-, ein Werkstatt- und ein persönlicher Fragebogen. Der Ortsfragebogen erstreckte sich auf 370 Orte, in welchen 21335 Betriebe mit 120803 Arbeitern und Arbeiterinnen gezählt wurden. Die eingelaufenen Werkstattfragebogen zeigen das günstige Ergebnis, das gegen das Jahr 1893, wo der Verband seine erste Statistik aufnahm, die Beteiligung an der Erhebung sehr gewachsen ist.

An der 1898er Statistik waren 1265 Werkstätten mit 45082 beschäftigten Personen beteiligt, während diesmal aus 7275 Werkstätten mit 94365 beschäftigten Personen Werkstattfragebogen eingegangen sind. Von der beteiligten Geschäften arbeiten 31,2 pCt. gegen 27,2 pCt. im Jahre 1893 mit Maschinenbetrieb und 68,8 pCt. (72,8 pCt.) ohne Maschinenbetrieb. Erkläre haben also, auf Kosten der Letzteren, um 4 pCt. zugenommen. Die Tendenz dieser Entwicklung zeigt sich noch deutlicher, wenn wir feststellen, daß der Prozentsatz der beschäftigten Personen in den Geschäften mit Maschinenbetrieb seit 1893 von 69,9 auf 68,3 pCt. gefallen, während er in den Geschäften ohne Maschinenbetrieb von 30,1 auf 31,7 pCt. gefallen ist. Hier beträgt die Differenz 7,1 pCt. zu Gunsten des Maschinenbetriebes.

Die Zahl der beschäftigten Personen liegt in den Geschäften mit Maschinenbetrieb von 23,9 auf 28,1 in den Geschäften ohne Maschinenbetrieb von 5,7 auf 5,9 Personen.

Die in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen gliedern sich in folgende Gruppen:

Gelernte Berufsarbeiter	70 960	gleich	75,2 pCt.
Arbeiterinnen	1887	"	5,2 "
Hilfsarbeiter	9 601	"	10,2 "
Jugendliche Arbeitskräfte	2 110	"	2,2 "
Lehrlinge	6 774	"	7,2 "

Von den Arbeiterinnen sind 1938 verheiratet und 2910 ledig. Die verheirateten Frauen bilden also rund 10 pCt. der weiblichen Arbeitskräfte, gegen 33 pCt. im Jahre 1893.

In Bezug auf das Verhältnis der Zahl der Lehrlinge zu den Gesellen ist eine Verchiebung zum Besseren eingetreten.

Die Dauer der Lehrzeit beträgt für 4301 Lehrlinge bis 3 Jahre, für 2120 bis 4 Jahre und für 53 über 4 Jahre. Mehr als 4 jährige Lehrdauer kommt nur bei den Stellmachern (2) und Tischlern (51) vor.

Angaben über die Art der Lohnberechnung liegen aus 6676 Geschäften vor, und zwar verzeichnen davon:

nur Lohnarbeit	2789	gleich	41,8 pCt.
nur Akkordarbeit	1246	"	18,7 "
beides abwechselnd	1965	"	29,4 "
Halblohn bei Kost und Logis	676	"	10,1 "

Die Erhebungen über die Arbeitszeit haben das erfreuliche Resultat ergeben, daß die durchschnittlich wöchentliche Arbeitszeit von 61,5 Stunden im Jahre 1893 auf 59,3 Stunden im Jahre 1897 zurückgegangen ist.

Im Jahre 1893 hatten nur 3 pCt. der beteiligten Arbeiter den Neunstundentag, jetzt ist ihre Zahl auf 12 pCt. gestiegen. Damals mußten noch 22 pCt. täglich 11 Stunden arbeiten, jetzt nur mehr 13 pCt. Weniger als 60 Stunden arbeiten jetzt 26 pCt. (1893: 14 pCt.).

Es unterliegt keinem Zweifel, daß das günstige Ergeb-

niss auf das Wirken der Organisation zurückzuführen ist. Immerhin ist die Arbeitszeit in einer großen Zahl der Betriebe noch sehr hoch und dürfen wir hinzufügen, daß sich das Verhältnis noch schlechter gestalten würde, wenn alle Betriebe bei der Berechnung hinzugezogen würden. Denn es ist eine bekannte Thatsache, daß gerade die am schlechtesten gestellten Arbeiter das geringste Verständnis für ihre soziale Lage empfinden.

Die Sonntags- und Ueberzeitarbeit hat nach dem Ergebnis dieser Statistik noch einen bedeutenden Umfang. 11 195 Arbeiter, gleich 29 pCt. der Beteiligten, haben durchschnittlich jeder 40 Stunden Ueberzeitarbeit, und 5893 Arbeiter, gleich 15 pCt. der Beteiligten, jeder 16 Stunden Sonntags gearbeitet. Ausgerechnet sind an Wochen- und Sonntagen zusammen 617 457 Ueberstunden gearbeitet worden, welche ausgereicht hätten, ca. 220 weiteren Arbeitern das ganze Jahr Arbeit und Verdienst zu gewähren.

Im engen Zusammenhang mit der langen Arbeitszeit dürfen wir die hohe Prozentzahl der an der Lungentuberkulose Erkrankten bringen. Die Statistik zählt hier 78 pCt. aller im Beruf Erkrankten. Frey dieser hohen Hüter der Lungen-Erkrankungen in Holzarbeitergewerbe sind hygienische Abwehrmittel gegen das weitere Umfassen der Krankheit höchst selten in Anwendung. Eine planmäßige Einrichtung des Staates durch Ventilatoren oder ähnliche Einrichtungen ist heute höchst selten in einem Betriebe anzutreffen. Der Bericht stellt auch im Anschluß an diese Ergebnisse fest, daß die Altersrenten im Beruf immer kleiner werden.

Im Jahre 1891 verzeichnete die Statistik noch 0,21 pCt. Arbeiter über 70 Jahre, 1893 dagegen nur 0,16 pCt. und heute gar nur mehr 0,03 pCt. Bei der heutigen Erhebungsmethode ist für Greise kein Platz mehr in der Werkstatt.

Unter den Arbeitern befanden sich im Alter von:

Bis 20 Jahren	19	Arbeiterinnen	gleich	42,5 pCt.
21 " "	53	"	"	46,1 "
31 " "	4	"	"	7,8 "
41 " "	1	"	"	3,5 "
über 70 " "	keine	"	"	"

In Angaben über den Arbeitslohn werden weniger sicheres Material liefern, da die Arbeiter vielfach keine Aufzeichnungen über den erhaltenen Lohn machen. Das vorhandene Material ergab folgendes:

In den einzelnen Berufen stellt sich der durchschnittliche Wochenverdienst, wie folgt:

Bürstenmacher	17,63	Tüchtler	20,36
Drechsler	18,80	Tiverie	20,93
Norbmacher	17,54	Hilfsarbeiter	17,02
Stellmaße	19,69		

Die Arbeiterinnen verzeichnen einen durchschnittlichen Wochenverdienst von 8,38 Mark, gegen 7,19 Mark im Jahre 1893, also ein Mehr von 98 Pfennig, gleich 13 pCt., gegen nur zirka 7 pCt. Steigerung bei den männlichen Arbeitern.

Die Frage, ob die Frau der im Beruf thätigen Arbeiter zum Unterhalt der Familie beitragen muß, wurde in 4969 Fällen bejaht, d. h. 23 pCt. der Frauen waren bemüht, einem Erwerb nachzugehen. Davon zählten 2937 Frauen zu den Heimarbeiterinnen, 1464 zu den Arbeiterinnen außer dem Hause und 568 hatten eine abwechselnde Thätigkeit.

Daß es dem industriellen Aufschwung bei Weitem nicht gelungen ist, die Arbeitslosigkeit zu verringern, das zeigen die nachfolgenden Zahlen. 7985 Arbeiter, gleich 20,7 pCt. der Beteiligten, waren im Jahre 1897 durchschnittlich jeder 28,5 Tage arbeitslos. Die Gesamtzahl der arbeitslosen Tage beträgt 228 113, davon entfallen 155 730 Tage, gleich 68 pCt., auf Arbeitslose am Orte, und 72 383 Tage, gleich 32 Prozent, auf Arbeitslose auf der Reise.

Das sind einige der wichtigsten Ergebnisse der Statistik,

die für die Beurtheilung der Lage der Arbeiter ihre volle Bedeutung beansprucht. Sie zeigt den Arbeitern, wie viel sie in ihrer Organisation noch gegen alleingelassene Uebel in ihrem Beruf zu kämpfen haben und wie bei allem Fortschritt zum Besseren die Kraft der Organisation nicht erlahmen darf. Von dem Glauben, den die günstige Wirtschaftsepoche eukendet, bringt nur ein Schimmer in die Hütte der Arbeiter, das Glend will nicht weichen.

Hier heißt es, den Kampf aufnehmen gegen alle Widerwärtigkeiten und in festgesetzter Organisation den Widersachern der Arbeiterbewegung in ihrem Versuch, die Arbeiterbewegung zu unterdrücken, geschlossen entgegenzutreten.

Soziales und Parteileben.

Zum Kreisfelder Färbereistreik schreibt uns die Streikleitung: Die Situation hat sich in den letzten Tagen derart zu Gunsten der Arbeiter verändert, daß man heute ruhig die Verhandlung aufstellen kann, eine Niederlage der Arbeiter ist vollständig ausgeschlossen, wenn die erwartete Unterstützung nicht ausbleibt. Bekanntlich hat sich die Bewegung auf alle Kreise des Kreises ausgedehnt; sämtliche Arbeiter machten sich die Forderungen der Arbeiter von Wüschgen und Küller zu eigen und gingen dementsprechend vor. In neun Färbereien wurden die Forderungen bewilligt und bleiben noch fünf Firmen übrig, welche bisher alles abgelehnt haben. Damit ist schon ein Erfolg zu verzeichnen und der Ausgang des Kampfes ist nun nicht mehr zweifelhaft, da die Färbereien, welche die Zugeständnisse gemacht haben, alles daran setzen, um auch in den übrigen Betrieben die Durchführung der Forderungen zu fördern. Der Zustand erstreckt sich heute über 5 Färbereien mit ca. 1500 Arbeitern, und steht zu erwarten, daß eine weitere Ausdehnung nicht stattfinden wird. Die Arbeitgeber wenden alle erdenkliche Mittel an, um die Arbeiter uneinig zu machen. Durch Vorpiegeln solcher Thatsachen war es ihnen schon gelungen, eine Anzahl Streikbrecher zu gewinnen, welche jedoch die Arbeit wieder aufnahmen, als ihnen der richtige Sachverhalt klar wurde. Heute stehen die Arbeitgeber, welche vom Ausstände betroffen sind, ohne Arbeitskräfte da und die Aufträge häufen sich von Tag zu Tag immer mehr an; schon macht sich in den fraglichen Betrieben ein Mangel an Zeide zum Weben bemerkbar und ist man daher allgemein der Ansicht, daß in kurzer Zeit das Ende der Färbereistreiks eintreten werde. Verhandlungen sind vorläufig noch nicht im Gange, da die Probenhaftigkeit der Unternehmer dieses nicht zuläßt. Wir müssen nochmals dringend ermahnen, die Streikenden materiell zu unterstützen, damit das schon Erreichte nicht wieder verloren geht. Die Arbeiter Kreises sind nicht in der Lage, die Ausständigen allein über Wasser zu halten, möge deshalb Jeder seine Pflicht thun, damit die Sache nicht aus Mangel an Unterstützung verloren geht. Geldsendungen richtet man an E. Winterberg, Kreisfeld, Kronprinzstraße 122. Zuschriften an N. Boullmanns dortselbst.

Mit der Aussperrung der Kölner Zimmerleute, die am 25. September erfolgte, sind auch die Bauflempner und Dachdecker, sowie die meisten Bauhandwerker gezwungen, im Ausstände zu verharren. In einer Versammlung der Zimmerleute wurde beschlossen, auch bei denjenigen Innungsmeistern, welche ihre Arbeiter nicht ausgesperrt haben, die Arbeit vollständig ruhen zu lassen.

Die Aussperrung der Steinmetzen in Dresden, Pirxa und Umgegend zieht immer weitere Kreise von anderen Arbeitern in Mitleidenschaft. So müssen jetzt schon in Dresden allein 1300 Maurer leien, weil die Steinmetzenarbeiten auf den Bauten stehen. Auf 13 Bauten ruht die Arbeit gänzlich und in aller nächster Zeit wird dieser Fall auf weiteren 128 Bauten eintreten. Sonderbar, daß jetzt die Herren Baumeister und Bauunternehmer sehr still sind, während sie doch bei dem eben ver-

Das Patent.

Novelle von A. Otto.

(10. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Ich bin Gefangener und deshalb haben Sie die Pflicht, mich vor Injurien zu schützen, oder Sie sind ein pflichtvergeßener Beamter.“

„Was unterstehen Sie sich, wissen Sie, wen Sie vor sich haben? Sie Bagabund!“

„Das bin ich nicht mehr als Sie,“ antwortete der Gefangene ruhig.

„Also auch noch Amtschrenbeleidigung, Kühne? Das wird Ihnen theuer zu stehen kommen. Haben Sie jetzt noch etwas zu sagen?“

„Ich habe gegen solche Anklagen garnichts zu sagen. Herr Krummbügel mußte uns zu, in eine Lohnerniedrigung zu willigen, welche allen Begriffen von Billigkeit widerspricht, deswegen sind wir zusammengetreten, um unsere Lage und unsere etwa einzunehmende Haltung gegenüber dieser Zumuthung zu berathen. Das ist unser Recht gerade so gut, wie wenn Herr Krummbügel in den Fabrikantenverein geht und mit Seinesgleichen berathschlagt, wie und auf welche Weise sie den Arbeiter noch mehr und nachdrücklicher ausbeuten können.“

„Was? Wie? Das wagen Sie, Kühne, sogar vor Gericht zu sagen? Nein, für einen so frechen Gesellen hätte ich Sie mein Lebtag nicht gehalten“, rief der Fabrikant aufspringend.

„Herr Referendar, werden Sie mich endlich vor solchen Injurien schützen?“ rief der Arbeiter.

„Gut, ich schließe das Protokoll, das Andere wird sich finden. Sie, Kühne, nehme ich natürlich mit nach dem Kreisgericht.“

„Und weshalb? Wegen Abhaltung einer regelmäßigen

angemeldeten Versammlung oder wegen Anfechtung gegen ungerechte Zumuthungen eines Fabrikanten?“

„Sind Sie ein frecher Mensch“, schrie Krummbügel wüthend, und ein elender Betrüger sind Sie außerdem auch noch!“

„Das ist nicht nur eine Beleidigung, das ist eine schamlose Verleumdung!“ rief Kühne, leichenbläß werdend vor Aerger.

Ein förmlicher Aufruhr entstand. Melanie war mit einem lauten Schrei vorgespinnnen und hatte die Hände Arthur Kühne's an ihr niedergebeugtes Gesicht gezogen und weinte, während Alma ihm die Wangen streichelte. Der Photograph und der Advokat waren ebenfalls aufgesprungen und näherten sich dem Referendar, der gänzlich rathlos schien. Der Fabrikant aber war einen Augenblick wie erüchttert, warf sich dann in den Lehnstuhl, trank einen Schluck Champagner und meinte:

„Warum mußte er mich auch so reizen.“

Der Brigadier aber murmelte: „So etwas ist mir in meiner Praxis doch noch nicht vorgekommen.“

„Gut“, rief endlich der Referendar, „wir werden das Weitere abzuwarten haben. Bringen Sie den Arrestanten hinweg, Brigadier!“

„Sie erlauben, Herr Referendar“, rief jetzt mit einem Male der Advokat, der bis dahin ein stummer Beobachter geblieben war und nun vortrat. „Ich denke, Sie kennen mich?“

„Herr Advokat Doktor Niedner?“

„Ganz recht, und der Anwalt dieses jungen Mannes. Als solcher erlaube ich mir, vorzustellen, daß gegen denselben garnichts vorliegt.“

„Nun, das wird sich herausstellen.“

„Erlauben Sie, das hat sich herausgestellt, es liegt nichts vor, als eine ganz unbegründete Denunziation eines Mannes, der, wenn auch Fabrikant, keinen Funken Recht mehr haben darf, als irgend einer seiner Arbeiter.“

„Und ich bin Steuerzahler erster Klasse“, murmelte der Fabrikant.

„Der Arrestant hat sich aber auch Beleidigungen eines Beamten bei Ausübung seines Amtes zu Schulden kommen lassen“, meinte der Referendar unentschlossen.

„Und Sie haben ihn in Ausübung Ihres Berufes einen Bagabund genannt, haben ihn damit provoziert. Ich glaube nicht, daß ihr Vergehen das geringere, denn der Arbeiter hat auch das Recht auf Schutz seiner Ehre, namentlich von Seite der Beamten. Ich glaube nicht, daß Sie so leichten Kaufes davon kommen werden, wenn ich gegen Sie im Namen meines Klienten wegen ungerechtfertigter Freiheitsberaubung und Beleidigung denuncire.“

„Böhl denn“, meinte der junge Beamte Kleinant, „ich will die Sache als kompensirt ansehen. Und wenn Sie, Herr Krummbügel, keine weitere Klage gegen den Arrestanten haben, so werde ich ihn in Freiheit setzen.“

„In Freiheit setzen, den Wähler, den Hezer.“

„Keine Beleidigung mehr in meiner Gegenwart, Herr Krummbügel. Sagen Sie kurz, ob Sie sonst eine Beleidigung gegen den Arrestanten vorzubringen haben.“

„Beleidigung, — o ja, die Menge. Er hat sogar mit Gewaltthaten, mit Brand gedroht. Hier der Herr Hofphotograph und Malerprofessor Herr Kunst wird es beschwören.“

„Ich?“ rief der Maler. „Ich könnte beschwören, daß Sie, Herr Krummbügel, heute zwei Flaschen über den Durst getrunken haben, sonst aber beschwöre ich nichts.“

„Machen wir dieser Szene ein Ende“, rief der Referendar, dem es allgemach zum Verußtsein kam, daß er sich in einer sehr schiefen Stellung befand. „Ich werde im Gasthof ein neues Protokoll auf fertigen und lade Sie ein, als Zeugen zu fungieren. Sie, Brigadier, haben Herrn Kühne freizulassen. Sie wollen mich gefälligst begleiten, Herr Kühne.“

„Du kommst wieder, nicht wahr, Du kommst wieder“

hoffenen Maurerstreik nicht genug über den Terrorismus der Arbeiter zernern konnten. Im Stillen batten freilich die Herren auch die Faust in der Tasche wegen des materiellen Schadens, den sie doch auch bei der ganzen Sache haben.

Bei der Gewerbebeurteilungswahl in Halle a. S. ging die sozialdemokratische Liste der Arbeitnehmer wie immer glatt durch, da Gegner sich gar nicht mehr die Mühe nehmen, Kandidaten aufzustellen. Als Arbeitgeber wurden nur bürgerliche Kandidaten gewählt.

Nachwehen der großen dänischen Ausperrung. Unter der Ausperrung haben die Kleinmeister schwer zu leiden gehabt. Schon während der Ausperrung wurden ihre Klagen laut; jetzt, nach Beendigung des Kampfes, suchen sie sich für die Zukunft nach Kräften zu sichern und haben zu diesem Zwecke schon am Tage nach dem Friedensschluß einen neuen Unternehmerverein, den Dänischen Handwerker- und Industrieverein, gebildet, der ihre Interessen gegenüber den Uebergriffen der Scharfmacher des kriegerischen großen Arbeitgebervereins vertreten soll. Viel werden die Kleinmeister, auch wenn sie sich organisieren, nicht gegen die Uebermacht der großkapitalistischen Scharfmacher ausrichten können; aber der Kampf im Lager der Unternehmer kann den Arbeitern natürlich nur recht sein.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Eine gräßliche Unthat wird aus S t u l m in Westpreußen gemeldet. Dort hat die 24jährige Tochter des dortigen Gerichtsdieners ihre drei jüngeren Geschwister im Alter von 3, 6 und 8 Jahren in den Brunnen des Amtsgerichts geworfen. Zwei von den Kindern ertranken. Das dritte konnte, wenn auch schwer verletzt, gerettet werden. Die Thäterin, welche in einem Anfall von Geistesstörung gehandelt zu haben scheint, war zunächst verschwunden. Später hat sie sich der Elbinger Staatsanwaltschaft selbst gestellt. — In T o l k e mit bei Elbing griff anlässlich einer Verhaftung am 17. September ein aus mehreren Hundert Personen bestehender Volkshaufe die Polizeibeamten und den Bürgermeister thätlich an, so daß die beabsichtigte Verhaftung unterbleiben mußte. Nimmehr sind in Folge jenes Vorganges 20 Personen verhaftet worden. Weitere Verhaftungen stehen noch bevor. — Eine grausige That ist in K r i e b e t h a l bei Waldheim in Sachsen von einer Mutter an ihren Kindern begangen worden. Aus Waldheim wird darüber berichtet: Die Ehefrau des Heizers Paul in Kriebethal ermordete in der Nacht ihre zwei Kinder auf bestialische Weise. Sie schleppte die Kinder in den Wald und erwürgte sie dort mit den Händen. Nach der schauerlichen That ertränkte sich die Frau in der nahen Fischpau. Das Motiv des gräßlichen Doppel- und Selbstmordes ist unheilbarer, in der Familie erblicher Wahnsinn. — Vom Schwurgericht in Halle a. S. wurde der Gelegenheitsarbeiter Augustin, der am 5. Juli versucht hatte, den Polizeisergeanten Dornwald zu erstechen, zu 8 Jahren 1 Monat Zuchthaus und Ehrverlust verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte 12 Jahre Zuchthaus beantragt. — Eine Feuersbrunst brach am Montag zu M o s k a u in einer Droguenhandlung aus, die eine Explosion zur Folge hatte. 26 Personen, darunter 16 von der Feuerwehr, wurden schwer verwundet. Von einer schrecklichen Katastrophe wird aus der russischen Gubernementsstadt L u b l i n gemeldet. Unweit der Stadt haben sich von einem bergauffahrenden, hauptsächlich mit Eisenbahnschienen beladenen Güterzug acht Waggons losgerissen und sind von heiler Höhe in eine Kompagnie Soldaten des Wielowstischen Regiments, welche beim Bau der Bahnstrecke arbeiteten, hineingefahren. Dreizehn Soldaten waren sofort todt, zehn wurden lebensgefährlich, 29 leichter verletzt. — Eine Reihe von Erdrerschütterungen, begleitet von bedeutenden Erdentwürgungen und außerordentlich starken Regengüssen, ereignete sich in der Nacht zum Dienstag bei D a r d s h i l i n g in Dänien. Etwa hundert Personen sind umgekommen. Der Bahnverkehr ist unterbrochen; große Theeplantagen wurden zerstört. In P h u l wurde der Bazar überschwenmt, wobei zweihundert Personen umkamen. — Aus N e w - Y o r k wird unterm 23. September gemeldet: „Nach einem Telegramm von Kingston (Jamaica) wurden hier Nachrichten empfangen, nach denen sich in der Stadt Plymouth ein großes Feuer ereignet hat, bei dem viele von den Gebäuden, die der Sturmatastrophe im letzten Monat nicht zum Opfer fielen, verbrannten. Durch den Brand wurde das bereits vorhandene Elend noch stark vergrößert. Gleichzeitig wird gemeldet, daß auf der Insel Anguilla 700 Leute durch Zerstörung der Zisternen von der Wasserlieferung abgeschnitten sind. Dringende Forderungen nach Lieferung von Wasser

und Nahrung wurden von der Insel abgeschickt.“ — Auf offener Bühne feuerte am Freitag während der Vorstellung im Theater zu Ch a t t a n o o g a (Nordamerika) die erste Liebhaberin Julia Morrison einen Revolver auf den Schauspieler Leiden ab, der tödtlich getroffen niederstürzte. Die Morrison feuerte dann noch zwei Schüsse auf die Leiche ab. Die That verursachte die größte Aufregung im Theater. Die Polizei verhaftete die Schauspielerin, welche erklärte, sie habe Leiden erschossen, weil er sie beständig verfolgte und beleidigte.

Der Prozeß gegen die Harmlosen wird, wie gemeldet, am 2. Oktober unter dem Vorsitz des Landgerichts-Direktors Denso im kleinen Schwurgerichtssaale in W o r a b i t beginnen, und es sind nicht weniger als 7 Tage für den Prozeß in Aussicht genommen. Das Gros der Bezogen besteht aus Kavallerie Offizieren. Einige Zeugen haben es vorgezogen, nach A u s w ä r t s zu „verreisen“, ohne daß der jetzige Aufenthalt ermittelt werden konnte. So ein Herr v. Wersdorff, Reserve Offizier im 11. Husaren Regiment und ein Graf Schwerin, früherer Leutnant bei den 12. Dragonern. Dieser Herr ist vor nicht allzu langer Zeit in Monte Carlo gesehen worden. Angeblich in London soll sich ein weiterer Junge, Graf Bech. Wabersroda, aufhalten. Ferner sind der Gerichtsbehörde die Adresse des Rize-Konjuls Moos und des Gerichts Assessors von Moors, der zu letzt am Amtsgericht zu Charlottenburg angestellt war, unbekannt. Damit hat diesem Prozeß die „holde Weiblichkeit“ nicht fehle, auch die Anklagebehörde „die Anklägerin“ der Angeklagten, und zwar Fräulein Lona Mertens, Fräulein Frieda Reigt, die Wirkthätlerin des Angeklagten v. Kaurier und die Geliebte des Herrn v. Schachtmeier, Fräulein Marie Ulrich vorladen lassen. Der frühere Lektor des Centralhotels, Herr Montaldi, der den „Gerupften“ öfters größere Sammen hielt, zieht es vor, in Genua den Ausfall des Prozeßes abzuwarten.

Die angelegliche Verurtheilung und Hinrichtung eines Unschuldigen, die in Dortmund vorgekommen sein sollte, hat sich nach den angestellten Ermittlungen als pure E r s i n d u n g herausgestellt. Ein Dortmund Blatt brachte vor einigen Tagen die sensationelle Mittheilung, daß eine Frau ihren Ehemann eines im Jahre 1890 verübten Mordmordes bezichtigt habe, und daß angeblich ein Mörder an ihres Mannes Statt verurtheilt und hingerichtet worden sei. Die Angelegenheit wurde mit dem am 14. Juli 1890 an dem Bergmann Stefan Strozypczal in Kassel bei Casprow verübten Mordmord in Verbindung gebracht. Als Thäter wurde damals, wie wir kürzlich berichteten, der Arbeiter August Michalek aus Casprow ermittelt, der denn auch auf Grund mehrfacher Indizienbeweise vom Schwurgericht zum Tode verurtheilt und später nach Ablehnung seines Gnadenbittgesuches hingerichtet wurde. Der Verurtheilte soll allerdings sowohl vor Gericht, als auch noch kurz vor seinem letzten Gange dem Richtwater gegenüber, der ihn abholte, habe, fortgesetzt seine Unschuld behauptet haben. Ueber den wahren Sachverhalt dieser Aufsehen erregenden Angelegenheit liegen nunmehr, nachdem die Staatsanwaltschaft in die Prüfung der Sache eingetreten war, folgende aus zuverlässiger Quelle kommende Mittheilungen vor. Bei einer „auf dem Berge“ in Dortmund wohnenden Witwe hatte vor Kurzem aus Mitleid eine Frau Aufnahme gefunden, welche bisher mit dem von ihr des Mordmordes bezichtigten Arbeiter ein intimes Verhältnis unterhielt, welches letzterer indessen vor mehreren Wochen gelöst hatte. Diese Frau erzählte nun gelegentlich ihrer erkrankten Witwin, daß ihr Bräutigam, der sie böswillig verlassen, nach Amerika ausgewandert sei, weil derselbe vor Jahren in Casprow einen Mordmord ausgeführt habe. Die Witwin hatte nichts eiligeres zu thun, als das Gehörte weiter zu verbreiten, so daß schließlich Polizei und Staatsanwaltschaft hiervon Kenntniß erhielten. Es wurde eine Untersuchung eingeleitet, welche jetzt zu dem Resultat geführt hat, daß die Angeberin nur ein Märchen erdichtet hatte, um das Mitleid ihrer Mitmenschen zu erregen. Der bezichtigte Arbeiter, ihr früherer Bräutigam, ist nämlich gar nicht nach Amerika ausgewandert, sondern hat sich dieser Tage der Behörde freiwillig gestellt, nachdem ihm der gegen ihn geführte furchtbare Verdacht zu Ohren gekommen war. Für die betreffende Frauenperson dürfte daher die Sache noch ein böses Nachspiel vor Gericht zur Folge haben.

Einem entsetzlichen Tode, herbeigeführt durch T o l k e w u t h, ist der bisher in der Floßmühle in V o r s t e n - d o r f beschäftigt gewesene Feuermann Morgenstern zum Opfer gefallen. Gegen Ende Juli verzehrte Morgenstern sein Vesperbrod in der Nähe der Hundehütte und fütterte nebenbei den an der Kette hängenden, ihm gut be-

kannten Hund durch einzelne demselben zugeworfene Bissen. Als Morgenstern sich einmal bückte und mit der Hand nach dem Boden griff, schnappte der Hund nach seiner Hand und riß diese leicht mit den Zähnen. Morgenstern legte der Sache keine Bedeutung bei, obwohl er wiederholt Juden in der Hand und am Arme empfand. Jetzt erst traten bedenklichere Anzeichen auf. Morgenstern fühlte sich krank, hatte trübende Augen und zeitweise starren Blick. Es wurde deshalb mit Einverständnis Morgensterns seine Ueberführung nach Berlin in die bekannte Heilanstalt für Infektionskrankheiten ins Werk gesetzt. Dort verstarb Morgenstern nach furchtbaren Leiden. Der betreffende Hund hatte sich bereits Anfang August an der Kette erwürgt und war ohne vorherige Untersuchung verachtet worden. Die nachträgliche Untersuchung des Kadavers ergab hochgradige Tollwuth.

Im Reichen des Friedenskongresses. Von einer neuen „Säbel pistole“ genannten Waffe giebt, wie man aus Paris schreibt, die Revue „Armee et Marine“ folgende Beschreibung: Diese Waffe ist so eingerichtet, daß bei jedem Stoße eine Kugel abgeköpft wird. Ein einfacher Rückschlag der Klinge um zwei Millimeter genügt, um das Abfeuern des Schusses herbeizuführen. Man denkt auf diese Weise das Eingreifen der Kavallerie bedeutend wirksamer zu gestalten, als es augenblicklich ist, besonders wenn sie gegen feindliche Kavallerie zu kämpfen hat. Die Säbelpistole ist besonders geeignet, die Panzer zu durchbohren, und wird somit die leichte Reiterei in den Stand setzen, gegen Kavassire anzukämpfen. Die mit der neuen Waffe ausgerüsteten Kavalleristen werden, da sie wissen, daß es hinreichend ist, den Gegner, wenn auch noch so leicht, zu berühren, sich an diese Angriffsweise, die einzige, die wirklich wirksam ist, halten. Die Säbelpistole ist schwerer als der gewöhnliche Säbel, aber dieser Gewichtsüberschuß kommt nur auf die Hand und übersteigt kaum ein Drittel des Gesamtgewichts der jetzigen Kavalleriesäbel. Die nicht geladene Waffe kann natürlich wie ein einfacher Säbel verwendet werden. Also wieder eine neue Waffensache wenige Wochen nach Schluß des Friedenskongresses.

Die Telegraphie ohne Draht auf dem höchsten Berge Europas. Der Mont Blanc besitzt bekanntlich zwei Observatorien in großer Höhe, die selbstverständlich durch Telegraphenleitung mit dem Thale verbunden sind. Nun bedarf es aber nur eines heftigen Schneesturms oder eines unglücklichen Lawinensturzes, um die Telegraphenleitung zu unterbrechen und damit die Leute auf den Observatorien außer jeder Verbindung mit der umgebenden Welt zu setzen. Es liegt auf der Hand, daß hier gerade die Telegraphie ohne Draht eine wichtige Anwendung finden würde und Wallot, der Eigentümer des einen der Observatorien, hat daher jetzt Schritte gethan, um seine Warte durch drahtlose Telegraphie mit Chamounix in Verbindung zu setzen, ein Vorgehen, das im Falle des Erfolges sicher bald auf andern Bergspitzen Nachahmung finden wird.

Das Vermögen des kürzlich verstorbenen Cornelius W a n d e r b i l t ist bei der amerikanischen Steuerverwaltung mit 150 Millionen Dollar (600 Millionen Mark) angegeben worden. Der Steuerbetrag stellt sich auf etwa 4 Millionen Dollar.

Wie wird man ein anständiger Mensch? Thomas Theodor Heine hat seine sechs Monate festerhaft auf dem Königstein abgehüht und freut sich der wiedererwommenen Freiheit. Für den „Simplicissimus“ hat er seine Thätigkeit bereits wieder aufgenommen. Die neueste Nummer schildert in gefungener Weise die „Entlassung eines Sträflings“. Im Korridor eines Zuchthauses erblickt man die schlottierende Kammergeistalt eines Menschen in Sträflingskleidung, eskortirt vom stramm frontmachenden Gefängniswärter. Vor ihm steht der Direktor der Anstalt und ein eleganter alter Herr in Zivil, augenscheinlich Mistfische von von Thron und Altar. Zwischen dem Herrn und dem Sträfling entspinnt sich ein folgender Dialog:

Herr: „Ja, stehe hier in meiner Eigenschaft als Mitglied des Vereins zur Fürsorge für entlassene Sträflinge und ich frage Sie: Wollen Sie von nun an ein nütliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft sein?“
Sträfling: „Ja, das will ich!“
Herr: „Und ein anständiger Mensch werden?“
Sträfling: „Ja, das will ich!“
Herr: „Gut, dann wollen wir Ihnen dazu verhelfen, — hier!“ überreicht ihm eine Schnur (= bartschneide).“

Arthur? rief Melanie, indem Sie die Hand ihres Freundes ergriff.
„Ja, Melanie, ich komme wieder, ich bin es Dir schuldig, daß ich um deinetwillen Alles vergesse.“

„Und Sie kommen auch wieder, lieber Herr Kunst, nicht wahr?“

„Ja, ich komme allemal wieder, meine kleine Freundin, lassen Sie den Papa nur erst ausschlafen.“

Die ganze Gesellschaft, mit Ausnahme der Angehörigen des Hauses, entfernte sich.

Der Fabrikant aber schnarchte, daß die Fensterscheiben wiederklangen.

IX. Glatte Rechnung.

Drei Stunden etwa mochten dahingeschwunden sein, als der Fabrikant endlich die schweren Augenlider wieder öffnete und um sich schaute. Das Zimmer war still und einsam, nur die treue Gattin saß am Fenster und stiftete.

„Hab ich da dummes Zeug geträumt“, murmelte Herr Krummhügel vor sich hin. „Die dumme Patentgeschichte und das rausgeworfene Geld, der Arbeiterstreik und die Gerichtsgeschichte... hm, hm, und der Kühne, abgeführt ins Kreisgefängnis. Dummer Kerl das, sehr dummer Kerl, hätte ihm das nie angesehen. Und das will Erfindungspatente beanspruchen!... Die Geschichte wirkt mich um Jahre zurück.“

Se länger der würdige Fabrikant bemüht war, die Erfindungen sich durch die Rebel eines Champagnerausches ins Bewußtsein zurückzurufen, je aufgeregter wurde er. Die Gattin bemerkte es, als sie mit Glas und Flasche zurück-

kehrte. Der Fabrikant griff hastig darnach, schenkte sich schnell hintereinander einige Gläser voll und leerte sie ebenso geschwind. Endlich ermannete er sich zu der Frage: „Sage einmal, ich habe so eine Art Abdrücken gehabt, war denn wirklich bei mir eine Gerichtskommission?“

„Ein Herr Referendar vom Antte war da und nahm ein Protokoll auf.“

„Richtig, also das hat mir nicht geträumt. Und ist er nun fort?“

„Er ging nach dem Gasthose, um ein anderes Protokoll zu machen.“

„Respektwürdig, ja, daß er das that, das hat etwas zu bedeuten.“

„Er mußte wohl fort, da Du den Kühne beleidigst.“

„Habe ich wirklich? Das war dumm; sehr dumm; ich dacht, ich hätte es nur geträumt; das wäre mir viel lieber. Er wird mich verklagen, dafür wird doch der Advokat schon sorgen; das scheint mir ein höchst gefährlicher Mensch.“

„Sprich nicht so laut, er ist ja draußen im anderen Zimmer.“

„Ist er? Und Du sagst mir das erst jetzt?“

„Ich dachte, Dir würden zunächst ein paar Stunden Ruhe gut thun.“

„Nun ja, hat mir auch gut gethan, ich fühle mich jetzt schon wieder ganz auf dem Platze. Also sage den Herren nur, daß ich sie erwarte, und dann bringe uns etwas zu trinken.“
Als bald erschienen die Genannten und Herr Krummhügel bemühte sich, den Herren gegenüber eine gewisse joviale Laune, eine treuherzige Heiterkeit herauszusteden.

Der Advokat aber strich sein schlichtes, blondes Haar zurück, als Herr Krummhügel das Glas erhob, um es den Gästen zugurken und meinte:

„Ich bin hier geblieben, Herr Kommerzienrath, um Ihnen ein Ultimatum zu stellen. Sie haben während eines gerichtlichen Aktes einen in Gerichtsgewahrsam befindlichen Mann gröblich beleidigt.“

„Weil er mich reizte“, rief der Fabrikant.

„Es mag gewesen sein, wie es will, jedenfalls hatte er gar nichts mit Ihnen zu thun gehabt, er sprach an Gerichtsstelle. Es handelt sich jetzt darum, ob Sie volle Genugthuung und Entschädigung freiwillig oder durch gerichtlichen Zwang leisten wollen.“

„Gut, ich werde ein paar hundert Thaler nicht scheuen, nur daß einen die hungrigen Zeitungswölfe nicht in den Spalten ihrer Blätter herumzerrren.“

„Mein Klient verlangt kein Geld, mit dem Sie alles auf Erden glauben kaufen und ausgleichen zu können.“

„Na, ich denke, er kann's wohl brauchen.“

„Ein Mann, der Ehre im Leibe hat, läßt sich dieselbe nicht mit Geld bezahlen, auch wenn er arm ist.“

„Nun dann zum Teufel, was für ein Pflaster verlangt er denn für seine verwundete Ehre?“

Die Hand Ihrer Tochter Melanie, die er liebt und die ihn wiederliebt.

„Oho, nicht schlecht, und Sie glauben, daß ich das thun werde?“

„Sie haben das Thun und das Lassen.“
(Schluß folgt.)